

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Strukturwandel des Parteiensystems: Hessen vor Rot-Grün oder Neuwahlen – Berlin/Brandenburg: Die CDU als „Projekt 18“? – Bayern bleibt bleiern – S. 4*
- *Internationaler Rassistenkongress verhindert! – Ganz Köln stellte sich quer – S. 12*
- *IG Metall: Tarifrunde für mehr Wachstum und mehr Gerechtigkeit – S. 16*
- *Menschenrechte und Strafvollzug – S. 18*

Ausgabe Nr. 10 am 9. Oktober 2008, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
- ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-Mail: gnn-hamburg@freenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankenzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

US-Finanzkrise: Kongress verabschiedet Rettungspaket

Tagesschau.de, 4.10. rül. Nach dem US-Senat hat am 3. Oktober auch das Repräsentantenhaus in den USA einem gigantischen Rettungspaket für die krisengeschüttelte US-Finanzbranche zugestimmt. Das Gesetz soll nach Presseberichten mehr als 400 Seiten umfassen. Bisher sind nur wenige Einzelheiten bekannt. So wird Finanzminister Paulson ermächtigt, in den nächsten zwei Jahren bis zu 700 Milliarden Dollar (480 Milliarden Euro) neue Schulden zu machen. Als erste „Tranche“ kann der Finanzminister und die US-Zentralbank 250 Milliarden Dollar ausgeben, um sogenannte „faule“ Kredite den Finanzinstituten abzukufen. Wie groß der Preisabschlag für diese faulen Kredite ist, ist nicht bekannt. Der ursprüngliche Gesetzentwurf von Finanzminister Paulson sah vor, dass der Finanzminister allein über den Ankauf solcher Kredite entscheiden sollte, seine Entscheidungen sollten weder vom Parlament noch vom Rechnungshof noch von irgendeinem Gericht nachprüfbar sein. Nun soll es eine parlamentarische Aufsicht geben. Für die Gehälter der Bankmanager soll es eine Obergrenze von 500.000 Dollar im Jahr geben, die Abfindungen für gefeuerte Bankmanager sollen ebenfalls begrenzt werden. Außerdem soll vorgesehen sein, dass der Staat nach der Rettung einer Bank später an ihren Gewinnen beteiligt wird. Wie das genau geregelt ist, ob z.B. die Banken Teile ihrer Aktien an den Staat verpfänden müssen, ist nicht bekannt. Zudem wurde das ursprüngliche Gesetz ergänzt um Steuererleichterungen für Unternehmen und für private Haushalte in Höhe von 100 Milliarden Dollar. Private Bankkonten sollen künftig bis zu einer Obergrenze von 250.000 Dollar bei einer Insolvenz der Bank geschützt sein. Bisher lag diese Obergrenze bei 100.000 Dollar. Auch wenn das US-Rettungspaket in den Medien vielfach als „einmalig“ beschrieben wird: So einmalig ist es nicht. Anfang der 90er Jahre gerieten die schwedischen Banken in eine existentielle Krise, wurden verstaatlicht, saniert und wieder verkauft. Das kostete die schwedische Regierung nach Berechnungen der Commerzbank 6 Prozent des schwedischen Bruttoinlandsprodukts und entspricht ziemlich genau den heutigen Dimensionen des Paulson-Plans. Ebenfalls Anfang der 90er Jahre geriet das japanische Bankensystem in eine schwere Krise. Auch hier war der Grund eine geplatzte Immobilienblase. Laut Commerzbank hat die japanische Regierung sogar etwa 20 Prozent des japanischen Bruttoinlands-

produkts in die Sanierung des Bankensektors gesteckt. Ob die Finanzkrise in den USA mit dem jetzt verabschiedeten Paulson-Paket bewältigt werden kann, gilt als offen. Solange die Immobilienpreise weiter fallen, wird auch die darauf basierende Kreditkette weiter „kritisch“ sein und kann an irgendeiner Stelle reißen.

Die EU-Verteidigungsminister auf Piratenjagd

NZZ, Die Linke EP, 5.10. hav. Die europäischen Verteidigungsminister haben die politische Grundlage für den Einsatz ihrer Marineeinheiten gegen die Seeräuber gelegt. An einem Treffen im französischen Deauville gaben die Verteidigungsminister grünes Licht für eine gemeinsame Operation gegen die Piraterie vor Somalia. Der formelle Beschluss soll im November fallen; ein erster Einsatz wäre dann vor Ende des Jahres möglich. Die EU hatte schon im September eine Koordinationsstelle zur Bekämpfung der Piraterie eingerichtet. Unter den 12 Schiffen, die sich derzeit in der Gewalt der Piraten befinden, macht der ukrainische Frachter „Faina“ Schlagzeilen. Er hat 33 vermutlich für den Südsudan bestimmte T-72-Panzer und anderes Kriegsgut an Bord. Um zu verhindern, dass die Waffen in falsche Hände geraten oder ins Meer gekippt werden, observiert ein amerikanischer Flottenverband die „Faina“. Der in Deauville beschlossene EU-Einsatz soll drei Fregatten, ein Versorgungsschiff und drei Aufklärungsflugzeuge umfassen. Zehn EU-Staaten signalisierten ihre Bereitschaft, sich daran zu beteiligen. Tobias Pflüger, Mitglied der Linken im Europaparlament kritisiert dieses Vorgehen: „Erstmals wird die Seesouveränität eines Landes entscheidend eingeschränkt. Es gibt eine direkte und indirekte Zusammenarbeit einer EU-Militärmission mit dem US-geführten Kampfeinsatz „Operation Enduring Freedom (OEF)“. Sogar eine Zusammenarbeit mit der „Operation Iraqi Freedom“ (OIF) also dem völkerrechtswidrigen Krieg in Irak ist möglich. Die EU-Militärmission soll nach Angaben des deutschen Militärministers Franz-Josef Jung nicht „nur“ auf die Küsten Somalias begrenzen, auch vor Kenia sollen EU-Kampfeinsätze gegen Piraten durchgeführt werden. Auf welcher Rechtsgrundlage das geschehen soll, bleibt Jungs Geheimnis. Der Beschluss des UN-Sicherheitsrates vom 2. Juni 2008 gibt das auf jeden Fall nicht her. De facto wird die von Äthiopien und den USA in Somalia installierte „Regierung“ durch diese EU-Militäreinsätze mit deutscher Beteiligung gestützt. Zentral ist aber offensichtlich

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

die militärische Absicherung des Zugangs zu Rohstoffen, vor allem zum Öl. Der „Kampf gegen Piraten“ scheint bei den Verantwortlichen der EU und der deutschen Politik alle Hemmnisse fallen zu lassen. Das Völkerrecht als Grundlage wird in Frage gestellt.“

EU-Budget: Geld aus Brüssel wird erstmals offengelegt

Die Presse, 3.10. *hav.* Die EU-Staaten speisen den EU-Budgettopf mit Steuergeldern der fast 500 Millionen EU-Bürger. Im Vorjahr flossen mehr als 10,59 Mrd. Euro aus den Hauptstädten nach Brüssel und wieder retour in die Länder. Das Geld wird von der EU-Kommission und mehreren Exekutivagenturen verteilt. Doch wohin genau gingen die EU-Förderungen 2007, die für Projekte im Gemeinschaftsinteresse gedacht waren? Das zeigt eine neue Internetseite der Europäischen Kommission unter ec.europa.eu/grants/search/indexde.htm. Größter einzelner Nutznießer war demnach die Republik Rumänien, die Anfang 2007 beigetreten ist. Im Vorjahr empfing sie 289,11 Mio. Euro aus dem EU-Topf, um ihre Wirtschaft, Infrastruktur und Verwaltung an das EU-Niveau anzugleichen. Auf Platz zwei lag die Europäische Investitionsbank, die mit 163,65 Mio. Euro öffentlichen und privaten Abnehmern Darlehen für EU-Projekte gewährt, zum Beispiel zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben oder für Forschung. Nummer drei war im Vorjahr die Republik Bulgarien, die ebenfalls Anfang 2007 zur EU gestoßen ist und 118,48 Mio. Euro Unterstützung aus Brüssel bekam. In absoluten Zahlen liegen freilich die EU-„Riesen“ vorne: Für Projekte in Frankreich flossen im Vorjahr 1,24 Mrd. Euro, für solche in Deutschland waren es 1,03 Mrd. Euro. Auch Bezieher in Nicht-EU-Ländern wurden gelistet, darunter der Vatikan mit 48.332,97 Euro – Empfänger: „vertraulich“.

UN: Mehrheit unterstützt Antrag Serbiens betreffend Kosovo

huh. Serbien hat in der derzeit in New York tagenden 63. UN-Generalversammlung beantragt, dass der Internationale Gerichtshof in Den Haag mit einer völkerrechtlichen Bewertung der einseitigen Unabhängigkeitserklärung seiner Provinz Kosovo beauftragt wird. Dieser Antrag wurde am 17.9. zunächst durch das Generalkomitee, dem mehrere Befürworter dieser Sezession (u. a. einige EU-Mitgliedsstaaten und die USA) angehören, behandelt und dort ohne Gegenstimmen als ordentlicher Tagesordnungspunkt in die Agenda der Generalversammlung aufgenommen. Zehn Tage später ergab eine hierfür angesetzte Probeabstimmung die

Unterstützung durch 120 Mitgliedsstaaten (von insgesamt 192) für den Antrag Serbiens, der nunmehr am 8. Oktober debattiert bzw. abgestimmt werden soll. Das „Handelsblatt“ vom 28.9.2008 äußert sich wie folgt zu den Konsequenzen: „Die westlichen Bemühungen um eine stärkere internationale Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos drohen in eine Sackgasse zu geraten. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Uno-Vollversammlung einem Antrag Serbiens zustimmen, dass der Gerichtshof die Anerkennung überprüfen soll. [...] Deutschland wird sich wohl wie die meisten EU-Staaten enthalten. Das Kanzleramt hatte sich sogar wie die USA und Großbritannien dafür ausgesprochen, mit Nein zu stimmen. Bisher haben nur 46 Staaten Kosovo als eigenen Staat anerkannt. Wird der Internationale Gerichtshof eingeschaltet..., werden keine weiteren Staaten mehr folgen, so die Sorge in westlichen Hauptstädten. Das hemme ausländische Investitionen.“

Der Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit von Sezessionsgebilden spielte in den Debatten und Beschlussfassungen der Vereinten Nationen von Anbeginn eine maßgebliche Rolle: Die Mehrheit der Staatengemeinschaft befand einseitige Loslösungen unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht nur dann als legitim, wenn sie anticolonialen Charakter hatten. Ansonsten beharrte sie auf dem Prinzip der Wahrung der territorialen Integrität. Die Auflösung des ehemaligen Jugoslawiens in eigenständige Gebilde, denen bereits 1991 – z. B. aus Weltbank-Kreisen – wenig (Über-)Lebensfähigkeit bescheinigt wurde, geschah vor allem auf Initiative Deutschlands – unter Berufung auf jenes Selbstbestimmungsrecht.

Bundesaußenminister Steinmeier muss – als er jetzt in New York für die Unterstützung eines dauerhaften Sitzes Deutschlands im UN-Sicherheitsrat warb – hinsichtlich dessen auf ein kurzes Gedächtnis jener Mitgliedsstaaten gesetzt haben, die jetzt den serbischen Antrag unterstützt haben: Es ist derzeit nicht ersichtlich, dass ihre eigenen Reformabsichten hinsichtlich des UN-Sicherheitsrats diesem deutschen Begehren konkret Rechnung getragen werden.

Regierungserklärung

maf. In ihrer Regierungserklärung vom 8.10.08 vermittelt Bundeskanzlerin Merkel den Eindruck, der Staat könne die Probleme auffangen, in denen das Bankensystem steckt. Dabei gehe es um kurzfristige, im Zeitrahen von Tagen anzusetzende Maßnahmen und um langfristige Änderungen des gesetzlichen Ordnungsrahmens. Die kurzfristigen Maßnahmen sollen ver-

hindern, dass der Kredit, d.h. das Vertrauen der Wirtschaftssubjekte, dass eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen, irgendwie erhalten bleibt. Die langfristigen Maßnahme zielen darauf zu verhindern, dass Wirtschaftslenker wegen kurzfristiger Gewinne allzu hohe langfristige Risiken eingehen. Als Beispiel nannte Frau Merkel die Hypothekenfinanzierung in den USA, wo die Bonuspunkte für den Verkauf solcher Finanzprodukte bereits nach einem Jahr kassiert worden seien, die Bewährung des Produktes, d.h. die Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer aber erst nach fünf Jahren zur Debatte stand. In diesem Beispiel sind drei unterschiedliche Probleme enthalten. Ordnungspolitisch kann die Finanztechnik, schlechte Papiere mit besseren verknüpft zu verkaufen, unterbunden werden. Es bleibt aber zweitens die Frage, wieso eine so große Zahl von US-Bürgern nicht in der Lage waren, die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Unglücklichen, die jetzt mit einem Sack voll Schulden obdachlos neben verfallenden ehemaligen Häusern stehen, hätten ihre Verpflichtungen aus Arbeitseinkommen bedienen müssen. Das konnten sie nicht. Ihre Fehlspekulation war eine Fehlspekulation in ihre Aussichten als Lohnarbeiter. Drittens kann man die Unterscheidung „kurzfristig“ – „langfristig“ nicht als quasi intellektuelles Problem im Raum stehen lassen. Die beiden Seiten werden durch ökonomisch klassifizierbare Personengruppen repräsentiert. Wenn die Kapitaleigentümer ihr Geld von Leuten managen lassen, deren Arbeitsverträge jährlich neu bewertet werden, dann werden diese notwendig „kurzfristig“ operieren. Um das zu vermeiden, müsste ein besonderes Loyalitätsverhältnis zwischen den Eignern und ihren Managern gestiftet werden. – In den Deutungen der gegenwärtigen Finanzkrise wird der Ausgangspunkt „Zahlungsunfähigkeit von Lohnabhängigen“ ausgeblendet und das Strukturproblem „Auseinanderfallen von Eigentum und Vermögensverwaltung“ in seiner wahren Dimension nicht erfasst. Im übrigen hat Frau Merkel ihre Garantie an die Sparer wiederholt. Ist es nicht so, dass Frau Merkel hier auf eine kurzfristige Rendite, Machterhalt und Gewinn von Wahlen, zielt, wobei sie ein Risiko im Billionenbereich eingeht. Nun ja, sie bürgt ja nicht persönlich.

Zusammenstellung: alk

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 6. Nov. Sie enthält dann als Beilage den Bericht von der Sommerschule. Redaktionsschluss: Freitag, 31. Okt. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595, freitags von 7–12 h.

Strukturwandel des Parteiensystems

Der Strukturwandel des bundesdeutschen Parteiensystems bleibt nach den Wahlen in Bayern (siehe Seite 7) und Brandenburg (s. S. 6) und dem bedeutsamen Sieg von Angelika Gramkow bei der Oberbürgermeisterwahl in Schwerin (s. S. 6) weiter im Fluss. Ein Symptom dessen sind auch die Koalitionsverhandlungen, die zuerst in Hamburg mit Schwarz-Grün und jetzt in Hessen (siehe unten) mit Rot-Grün-Links-geduldet in Konstellationen führen, die von den Parteien nicht gewollt waren. Es scheint, dass die Wählerinnen und Wähler ihre Entscheidungen zunehmend nicht nach den Kriterien treffen, die den inneren Zusammenhang der Parteien gewährleisten.

In der Parteiforschung unbestritten und an jedem Wahlabend x-fach unterstrichen gilt, dass die weltanschaulichen Bindungen der Wähler schwächer werden. Diese Aussage ist vielleicht überzogen, sicher ist nur, dass das Wahlverhalten der Wähler von ihren weltanschaulichen und traditionellen Bindungen weniger stark bestimmt wird. Ihre persönlichen Grundsätze und Überzeugungen beziehen sich aber zunächst auf den eigenen Handlungsrahmen. Das politische System steuern sie nicht direkt. So wählen sie vernünftig, wenn sie pragmatisch wählen, d.h. unter dem Gesichtspunkt, welche Parteien am ehesten gewisse Missstände abgestellt oder nützliche Einrichtungen verbessert. Den Parteien kommt es dann zu, Versprechungen konkreter Leistungen abzugeben.

Darin steckt für die Parteien ein großes strukturelles Problem. Die Wahlen sind eine Momentaufnahme. Welche Bedingungen politischen Handelns später vorliegen werden, ist oft sogar für die nahe Zukunft unbestimmt. Unter solchen Gegebenheiten stehen den Parteien, die mit einer gewissen Notwendigkeit „wortbrüchig“ werden, verschiedene Möglichkeiten offen, ihre Identität als Verbände und die Selbstachtung ihrer Anhängerschaft zu wahren. Sie können eine Konzeption von Grundsätzen erarbeiten und bekanntmachen, an denen sie sich bei der Bewältigung neuer Gegebenheiten ausrichten. Das wäre eine Versachlichung und Demokratisierung der Verbandsautorität. Sie können allerdings auch den Weg der Personalisierung einschlagen und die Verbandsautorität auf Personen projizieren, die dann in den Augen der Partei und der Öffentlichkeit die Parteikonzeption verkörpern und notwendigen Anpassungen vornehmen und durchsetzen. Während

eine sachlich solide fundierte Partei allerhand Selbstdarstellung vertragen kann, erlebt eine auf Personalisierungen aufgebaute Partei Debatten als Gefahr.

In der gegenwärtigen Situation suchen die Parteien bei der Wahl Zustimmung zu ihren Grundsätzen, denn ein so charakterisiertes Votum würde ihnen die weitesten Handlungsspielräume gewährleisten. Diese Art Zustimmung, sie vermittele sich über ein Parteiprogramm oder über einen Parteiführer, sorgt für Geschlossenheit der Parteien und trennt sie vom Konkurrenten. Aber genau diese Art von Zustimmungen gewähren die Wähler den Parteien weniger gern. Stattdessen prüfen sie anhand konkreter Erwartungen.

Unter solche Bedingungen, erscheinen die Partei „ideologisch“, ihre innere Diskussion als Geschwätz oder Gezänk, die Wähler erscheinen „pragmatisch“ oder auch engstirnig und verantwortungslos. Solche Vorwürfe verkleiden aber nur das Problem, dass die Entscheidungslogik der Wählerinnen und Wähler eine andere Konstellation hervorbringen, als die Logik der Parteiprogramme nahegelegt hätte.

In die Klemme derartiger Unstimmigkeiten gerieten CDU, CSU und SPD nach den Bundestagswahlen, die statt der aus der Parteienlogik naheliegenden Mehrheit entweder für „Rot-Grün-Rot“ oder „Schwarz-Gelb“ den Zwang zu einer großen Koalition ergaben.

In einer solchen Logik ist es auch möglich, dass die Wählerinnen und Wähler in Bayern der CSU einen statusverändernden Verlust verpassen, die Mehrheit für eine bürgerliche Politik unter Führung der CSU aber stabil bleibt. Anders wäre es auch denkbar, dass sich die Fraktion der Linken in Hessen auf eine Duldung einer SPD einlassen lassen kann, ohne Ansehen bei ihren Wählerinnen und Wählern zu verlieren. Es muss nur sonnenklar gemacht werden, dass in einigen wichtigen Sachfragen und Personalfragen „sonst“ anders entschieden worden wären.

Hochriskant wäre trotzdem der Schluss, dass im politischen Leben fortan Pragmatismus herrschen wird. Es ist nämlich sehr gut möglich, dass sich im politikfernen Bereich der tagtäglichen Lebensbewältigung, bei den Individuen und in ihren unmittelbaren sozialen Zusammenhängen Grundanschauungen aufbauen, die neue Parteizusammenhänge aufleben lassen oder auch das Gesicht vorhan-

dener Parteien grundlegend verändern können. Wenn Parteien im Geschäft der Staatslenkung aufgehen und der Auseinandersetzung über politische Grundsatzfragen ausweichen, koppeln sie sich von solchen Prozessen ab. So konnten sich in Bayern die „Freien Wähler“ im sozialen Raum aufbauen, in der lebensnahen Kommunalpolitik ausformen und einen erheblichen Teil der traditionell konservativen Wählerschaft auf sich ziehen, ohne dass die CSU diesen Prozess als Bedrohung wahrgenommen hätte.

Von der Partei Die Linke ist in den kommenden Monaten eine doppelte Leistung zu erbringen. Sie sollte in kühler Analyse entwickeln, welche Punkte im politischen System in den Augen der Wählerinnen und Wähler nach Veränderung schreien. So weit die Partei solche Punkte am Wickel hat, sollte sie im politischen Tagesgeschäft keine Gelegenheit zur Intervention auslassen. Das betrifft vor allem die Arbeit in den parlamentarischen Einrichtungen.

Gleichzeitig wird die Partei ihre grundlegenden Konzeptionen in einer vernünftigen Diskussion klarstellen müssen, an der sich viele beteiligen können. Tut sie das nicht, gefährdet sie nicht nur ihre eigene Stabilität, sie klinkt sich dann aus den Diskursen aus, in denen politische Meinung entsteht.

Martin Fochler

Die Verhandlungen haben begonnen

Rot-Grün oder Neuwahlen in Hessen

Der Landesparteitag der Linken hatte Ende August den Weg zur Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung freigegeben. Der in den PB 9/2008 wiedergegebene Bericht von Andreas Thomsen (www.kurt-eisner-verein.de) resümierte abschließend: „Die Zukunft der Partei entscheidet sich auch und insbesondere darin, wie sie und ihre Abgeordneten den oberflächlichen Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Opposition und parlamentarisch-administrativer Verantwortung aufzulösen verstehen – dazu aber kann“

und wird mehr nötig sein, als die Verlagerung strategischer Fragen auf Personalentscheidungen. Denn die Debatte beginnt erst.“

Der Fahrplan

Seit Mitte September gibt es einen Fahrplan für die Abwahl der Koch-Regierung, auf den sich SPD, Grüne und Linke verständigt haben.

Der erste Stopp im Fahrplan war die Probeabstimmung in den Landtagsfraktionen. Sie wurde Ende September erfolgreich absolviert. Das Vorhaben, eine von der Linken unterstützte rot-grüne Minderheitsregierung zu etablieren, erhielt genau jene 56 Stimmen, die für eine Wahl der sozialdemokratischen Kandidatin Ypsilanti mindestens erforderlich war. SPD, Linke und Grüne halten im hessischen Landtag mit 57 der 110 Sitze eine äußerst knappe Mehrheit. Der Stimmzettel hatte den Text: „Ich bin bereit, Andrea Ypsilanti in geheimer Wahl zur Ministerpräsidentin einer rot-grünen Koalition zu wählen und ihrem Kabinett das Vertrauen auszusprechen.“ Und weiter: „Voraussetzung hierfür ist für die SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Zustimmung der jeweiligen Parteigremien zu einem Koalitionsvertrag und eine verbindliche, schriftlich niedergelegte Unterstützung durch die Partei Die Linke.“ Ein SPD-Landesparteitag hatte am 4. Oktober die Aufnahme von Verhandlungen mit den Grünen und den Linken über die Bildung einer Koalition bzw. die Tolerierung mit überwältigender Mehrheit beschlossen. Der Landesrat der Linken hat am 6. Oktober die Durchführung eines Mitgliederentscheids über ein Tolerierungsabkommen beschlossen. Zur Zeit wird an der Formulierung von Mindestbedingungen für die Tolerierung gearbeitet. Vom 7. bis zum 11. Oktober wird die Linke vier Regionalkonferenzen und einen außerordentlichen Landesparteitag durchführen. Das Ergebnis des Mitgliederentscheids soll dann am 31. Oktober vorliegen. Am 1./2. November sollen Parteitage der SPD und der Grünen die Ergebnisse der Koalitions- und Tolerierungsverhandlungen bestätigen. Die politischen Klippen, die in den Verhandlungsprozessen überwunden werden müssen, sind erheblich. Es ist deshalb überhaupt nicht sicher, ob Mitte November – bevor die Diskussion des Landeshaushalts 2009 beginnt – die Abwahl der Koch-Regierung gelingt. Die Schwierigkeiten können hier nur auszugsweise angedeutet werden:

Negative Meinungsumfragen

Die von CDU und FDP geführte Kampagne gegen den Kurs Ypsilantis und der gescheiterte erste Anlauf, die Koch-Regierung abzuwählen, zeigen mittlerweile Wirkung: Schenkt man verschiedenen im September veröffentlichten

Umfragen¹ Glauben, so würden nur rund 20% der Bevölkerung in Hessen eine von den Linken tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung begrüßen. Zweidrittel würden Neuwahlen bevorzugen. Bei der Landtagswahl waren auf die SPD, die Grünen und die Linken knapp 50% der Stimmen entfallen.

Haushalt als Knackpunkt

Der SPD-Parteivorstand und der Parteirat hatten Anfang September einen Forderungskatalog aufgestellt, der auf Regionalkonferenzen diskutiert und Gegenstand der Verhandlungen mit der Fraktion der Linken ist. Wesentliche Punkte waren: Abgrenzung vom DDR-Erbe, Bekenntnis zur Verfassung, Unterstützung der Landeshaushalte bis zum Ende der Legislaturperiode 2013, Keine weitere Neuverschuldung bis 2013, Ausbau der Flughäfen Rhein-Main und Kassel-Calden, Entscheidungen über Abstimmungen im Bundesrat bleiben der Landesregierung vorbehalten.²

Die Landtagsfraktion der Linken hatte zu diesem Forderungskatalog festgestellt: „Blankoschecks für Haushaltsentwürfe, die überhaupt noch nicht auf dem Tisch liegen, werden wir nicht ausstellen. Nach wie vor gilt: Die Linke Hessen wird keinem Haushalt zustimmen, der Sozialabbau, die Privatisierung öffentlichen Eigentums oder den Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst enthält. Wir halten fest an der Forderung nach einem Anti-Armuts-Programm und wir werden weiterhin gegen den Ausbau der Flughäfen in Frankfurt und Kassel-Calden eintreten. (...) Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um den Planfeststellungsbeschluss für den Ausbau des Frankfurter Flughafens zu korrigieren. Außerdem muss ein echtes Nachtflugverbot durchgesetzt werden.“³

Auch für die Grünen ist die Verabschiedung des Landeshaushalts der entscheidende Eckpunkt. So der Fraktionsvorsitzende: Tarek el Wazir: „Die Linkspartei muss SPD und Grüne bei wichtigen Gesetzen unterstützen und Zusagen über die Gestaltung des Landeshaushalts machen.“⁴

Der hessische Finanzminister Weimar (CDU) hatte im Zuge der anstehenden Haushaltsberatungen verbreiten lassen⁵, dass in Hessen das Körperschaftssteueraufkommen zurückgehe und deshalb keinerlei Spielräume für zusätzliche Ausgaben bestünden.

Ausbau der Flughäfen

Das Planfeststellungsverfahren zum weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens ist abgeschlossen. Es ist deshalb nicht wahrscheinlich, dass die Verhandlungen an der Frage pro (SPD) oder kontra (Grüne, Linke) Ausbau



scheitern. Möglich ist aber, dass der – noch nicht genehmigte – Ausbau des Flughafens Kassel-Calden in der Koalitionsvereinbarung zurückgestellt wird. Das hätte den negativen Nebeneffekt, dass das Rhein-Main-Gebiet wieder mal auf Kosten Nordhessens begünstigt würde.

Die CDU und Jamaika

Die Grünen hatten noch kurz vor den Probeabstimmungen wichtige Gesetze zusammen mit der CDU und der FDP gegen die SPD und die Linke verabschiedet, deren Gegenstände auch in die Koalitionsverhandlungen hätten einbezogen werden können: So soll der letzte Tarifabschluss im öffentlichen Dienst nur eingeschränkt für die Landesbeamten übernommen werden. CDU, FDP und Grüne hatten sich außerdem auf eine Novelle des Hessischen Sparkassengesetzes geeinigt, die die überwiegend kommunale Verfassung der Sparkassen verändern könnte. SPD und Linke befürchten, dass hier eine Tür für Veräußerungen an private Kreditinstitute aufgestoßen wurde.

Was wird aus der Polizeirechtsnovelle?

Der Landtag muss in der laufenden Legislaturperiode das Polizeirecht novellieren, weil das Bundesverfassungsgericht Regelungen zur automatischen Erfassung von Autokennzeichen, zur Rasterfahndung und zum Lauschangriff für verfassungswidrig erklärt hatte. Innenminister Bouffier (CDU) hatte noch am 29. September weitreichende Vorschläge für neue Polizeibefugnisse veröffentlichen lassen, die sich an das BKA-Gesetz anlehnen (Online-Durchsuchungen von PCs), auf das sich SPD und CDU auf Bundesebene verständigt hatten. Offen ist auch, wie SPD und Grüne mit der Forderung nach Einstellung der Überwachung der Linken durch den Verfassungsschutz umgehen werden.

Ziemlich sicher ist, dass die Etablierung der rot-grünen Minderheitsregierung Anstrengungen für eine Bildungspolitik forcieren wird, bei der alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft durch ein integrierendes Bildungswesen besser gefördert werden. Ansätze für längeres gemeinsames Lernen finden sich bei allen drei Parteien. *Olaf Argens*

¹ Umfrage des Institut Infratest Dimap im Auftrag der ARD und des Hessischen Rundfunks, hr-online; Forsa-Umfrage, www.rhein-main.net

² ntv.de, 3.9.2008

³ Pressemitteilung der Linken vom 4.9.-2008

⁴ spiegel.de, 18.8.2008

⁵ Frankfurter Rundschau, 11.9.2008

CDU als „Projekt 18“?

In Berlin und Brandenburg kommt die CDU aus ihrem Tief anscheinend nicht heraus. Mehr noch: sie stürzt weiter ab, so dass manche Zeitungen die Partei in der Region schon mit „Projekt 18“ verspotten.

Berlin: Krise der Großstadtpartei

In Berlin begann die jüngste Krise mit der Ankündigung von Fraktionschef Friedbert Pflüger, beim nächsten Parteitag auch für den Landesvorsitz zu kandidieren. Der amtierende Landesvorsitzende, ein Herr Ingo Schmitt, der bisher weder im Land noch im Bundestag, wo er im Verkehrsausschuss sitzt, irgendwie inhaltlich auffiel, mobilisierte daraufhin seine Anhänger unter den innerparteilich mächtigen Berliner CDU-Bezirksfürsten. In einer Nachtsitzung drängten sie Pflüger zum Widerruf seiner Kandidatur. Als Pflüger nur einen Tag danach seinen Widerruf zurück nahm und erneut für den Landesvorsitz kandidieren wollte, machte auch die Abgeordnetenhausfraktion mobil und stürzte Pflüger als Fraktionsvorsitzenden. Zum neuen Fraktionschef wurde Frank Henkel ge-

wählt, ein Hau-Drauf-Innenpolitiker. Damit war das ohnehin nur schwach ausgeprägte liberale und großstädtische Image, um das sich Pflüger mit seinen Kontakten zu FDP und Grünen bemüht hatte, dahin. Eine Woche nach Pflügers Sturz stürzte die CDU in den Umfragen um 3 Prozent auf 18 Prozent ab. Am 1. Oktober trat daraufhin Ingo Schmitt vom Landesvorsitz zurück. Ein neuer Kandidat oder eine neue Kandidatin war bis Redaktionsschluss noch nicht gefunden.

Die Berliner CDU wirkt seit ihrem Sturz aus der Regierungsverantwortung 2001 im Gefolge der von ihr zu verantwortenden Milliardenverluste der Berliner Landesbank völlig konzeptionslos. Irgendwelche Vorstellungen, wie es in der Metropole weiter gehen soll, hat die Partei seitdem nicht entwickelt, dafür aber inzwischen schon eine

ganze Reihe von Landes- und Fraktionsvorsitzenden verbraucht. Nachdem es eine Zeitlang so aussah, als könne die Importfigur Pflüger mit seinen „Jamaika-Runden“ mit FDP und Grünen der Partei wenigstens ein liberales, großstädtisches Image verschaffen, scheiterte Pflüger erst mit seiner Volksentscheid-Kampagne zur angeblichen „Rettung“ des Flughafens Tempelhof und dann an sich selbst.

Auch ein zweiter, von der CDU unterstützter Volksentscheid „Pro Reli“, läuft derzeit nicht gut an. Damit wollen die katholische und evangelische Kirche den – nach Religionen getrennten – Religionsunterricht in Berlin vom Wahlfach zum Pflichtfach aufwerten und den seit Jahren praktizierten, religionsübergreifenden Ethik-Unterricht an den Schulen zurück drängen. Weniger als ein Drittel der Berliner Bevölkerung sind Mitglied einer der beiden christlichen Kirchen. Die evangelische Kirche hatte 2006 ca. 720.000 Mitglieder, die katholische ca. 360.000. Kaum ist „Pro Reli“ gestartet, melden sich inzwischen sogar aus der evangelischen Kirche Kritiker und äußern sich besorgt über eine damit womöglich betriebene religiöse Spaltung der Schülerinnen und Schüler. Damit könnte sich ein zweites „Kampagnenthema“ der Berliner CDU schon bald zum Rohrkrepierer entwickeln.

Ansonsten fehlt es der Partei schlicht an Themen und einer Strategie. Insbesondere das liberale Bürgertum, aber auch viele „Neu-Berliner“ finden kaum Zugang. Nach außen hin gilt die CDU weiter als ein von alten Westberliner Seilschaften beherrschter Klüngelladen.

Brandenburg: Aussichten für Rot-Rot?

Die Brandenburger CDU ist ähnlich zerstritten. Landesvorsitzender ist Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns, seine Gegner um die Bundestagsabgeordnete Katharina Reiche und ihren Gatten Sven Pettke führen seit langem einen Grabenkrieg gegen ihn und seine Anhänger. Auch hier geht es nach dem, was nach außen dringt, weniger um Inhalte als um Posten und Pfründe, Mandate im Bundestag, im Europaparlament und anderswo.

Bei den Kommunalwahlen am 28. September rauschte die CDU nun auch in den Keller – nach 27,8 Prozent bei den letzten Kommunalwahlen erreichte sie nun landesweit nur noch 19,8 Prozent, das sind 8 Prozent weniger bzw. 159.386 Wähler weniger. Katharina Reiche erreichte als Spitzenkandidatin der CDU in der Landeshauptstadt Potsdam nur 11,6 Prozent und damit das schlechteste Ergebnis für die CDU landesweit.

Sieger der Wahlen sind die SPD und die Linke. Die SPD verbesserte sich von 23,5 auf 25,8 Prozent, das ist ein Plus von 136.660 Wählern bzw. 2,3 Pro-



Angelika Gramkow, Schwerin: „Meine Vorhaben für die ersten 100 Tage als Oberbürgermeisterin“

Liebe Schwerinerin, lieber Schweriner. Ich verspreche Ihnen nicht das Blaue vom Himmel. Ich möchte Ihnen gern meine Vorhaben für die ersten 100 Tage als Oberbürgermeisterin unserer Stadt Schwerin vorstellen, mein 100-Tage-Programm:

ERSTENS will ich alles daran setzen, dass der Beschluss der Stadtvertretung für ein kostenfreies Mittagessen an staatlichen Grundschulen umgesetzt wird. Auch die Planungen für die Sanierung der Schwimmhallen müssen in Auftrag gegeben werden.

ZWEITENS werde ich den „Ratschlag der Wirtschaft“ zusammenrufen. Die Meinung der Unternehmerinnen und Unternehmer zur Entwicklung der Stadt ist unverzichtbar.

Wir brauchen die Kraft der Wirtschaft. Wir brauchen aber auch mehr öffentlich geförderte Beschäftigung, z.B. über Kommunal-Kombi-Stellen.

DRITTENS möchte ich auch mit Vertretern aller Vereine und Verbände darüber beraten, wie die soziale Infrastruktur weiterentwickelt werden kann. Denn die Menschlichkeit einer Stadt lässt sich daran messen, wie sie ihre Schwachen stark macht. Sinnvolle Freizeitbeschäftigung – auch im

Sport – Begegnungen, wo gewünscht und Betreuung, wo gebraucht – das ist die beste Prävention.

VIERTENS werde ich dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Mitspracherecht bei Entscheidungen bekommen. Regelmäßige Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen, intensivere Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten und persönliche Sprechstunden sind meine Angebote.

FÜNFTENS ist es Zeit, dass auch Schwerin ein Klimaschutzprogramm erhält.

Dieses möchte ich mit wichtigen Akteuren unserer Stadt erarbeiten und dazu als erstes einen „Energiegipfel“ durchführen, um den Ist-Stand aufzuarbeiten.

SECHSTENS möchte ich gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung einen Weg finden, wie ihre Arbeit noch effektiver, transparenter, aber auch noch bürgerfreundlicher werden kann.

NICHT ZULETZT will ich konsequent dafür arbeiten, dass die BUGA 2009 erfolgreich wird.

GEMEINSAM haben wir die Chance, uns selbstbewusst und stolz zu präsentieren.

zent. Die Linke verbesserte sich sogar von 21,3 auf 24,7 Prozent, das sind 164.195 Wähler bzw. 3,4 Prozent mehr. Die FDP legte landesweit 1 Prozent zu und kommt jetzt auf 7,3%. Die Grünen erreichten 0,4 Prozent mehr und kommen nun auf 4,6 Prozent. „Sonstige“ Parteien und Listen verbesserten sich landesweit um 78.288 Wähler bzw. plus 0,9 Prozent von 16,8 Prozent auf 17,7 Prozent.

Gewinner unter den „sonstigen“ sind insbesondere freie Wählergruppierungen, sie kamen landesweit auf fast 13 Prozent. Darunter sind Bauern- und Feuerwehr-Vereinigungen, Windkraftgegner und andere, die fast 1.400 Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt hatten. Einzige überregional auftretende Gruppierung unter den „Freien“ war das Bündnis „Brandenburgische Vereinigte Bürgerbewegungen (BvB/50Plus)“, das zum Teil deutliche Affinitäten zum rechten Rand aufweist, frühere Schill-Partei-Aktivisten in seinen Reihen hat usw.

Auch NPD (1,8 Prozent) und DVU (1,6 Prozent) können, gemessen an ihren großmäulig verkündeten Zielen, zu den Verlierern der Wahl gerechnet werden, sind aber nun in 13 der 14 Kreistage und in den kreisfreien Städten Potsdam und Cottbus mit insgesamt 30 Mandaten vertreten.

Angesichts des miserablen Abschneidens der CDU wachsen nun die Vermutungen in der Region, in Brandenburg könne es nach der nächsten Landtagswahl im kommenden Jahr eine zweite „rot-rote“ Landesregierung von SPD und Linken geben. Die Brandenburger Linke ist dazu offenbar bereit, die SPD gibt sich noch spröde. Das würde die Berliner Rot-Rote-Koalition aus ihrer bundesweit singulären Situation befreien und zudem die Chancen für eine Zusammenarbeit der beiden Bundesländer verbessern. *rül*

Quellen: Berliner Zeitung, 29.09. und 2./3.10.08, Tagesspiegel, 2./3.10.08; Pressemitteilungen des Landeswahlleiters Brandenburg

Stoibers Fall – Reparatur der Demokratie

Allerdings wollten die Bürgerinnen und Bürger die Beziehungen zwischen Partei, Fraktion, Regierung, Verwaltung besser, man könnte auch sagen gemäß der Verfassung, geordnet wissen. Solche im klassisch strengen Sinn des Wortes liberalen Grundsätze haben eine große Rolle gespielt, sie waren es auch, die den Abgang Stoibers unumgänglich machten. Denn seinerzeit hatte Stoibers Staatskanzlei unter Einsatz ihrer staatlichen Autorität und exekutiven Möglichkeiten versucht, das Leben der Fürther Landrätin Pauli zu durchleuchten, um Material für die innerparteiliche Auseinandersetzung mit dieser oppositionellen Kraft zu gewinnen. Stoiber musste zuerst seinen langjährigen politischen Gefährten und Büroleiter opfern und dann selber gehen. Aber sofort tat sich eine ähnliche Problematik in der Enthüllungskampagne auf, die aus den Kabinettskreisen gegen die Kandidatur Seehofers geführt wurde. Solche Vorgänge ergeben sich aus der in Bayern jahrzehntelangen Verschmelzung von Partei und Regierungsapparat.

Die Verurteilung der CSU durch die Wähler zur Bildung einer Koalitionsregierung sorgt für eine reinliche Trennung von Kabinettsrunde und Parteivorstandssitzung, von Fraktion und Partei. Der Gebrauch der Exekutive für Parteianglegenheiten wird erschwert. Jahrzehntlang eingeschliffene Verfahrensweisen müssen aufgegeben werden, der berüchtigte kurze Dienstweg ist plötzlich verbaut. Das Wahlergebnis garantiert allerdings, dass diese aufwändige funktionale Bereinigung vollzogen werden kann, ohne dass artikuliert Interessen des bürgerlichen Lagers aufgegeben werden müssten. Ähnliche Unruhe hat die Tatsache ausgelöst, dass die CSU große Infrastrukturprojekte nicht durchsetzen konnte. So war die Partei nicht in der Lage, die Kritik am Transrapid richtig einzuschätzen. Während die Partei „oben“ mit dem Staatsapparat verschmolz, lösten sich ihre Bindungen „unten“ zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Fortsetzung S. 8

Vom christlich-konservativen Regierungsmonopol zum bürgerlichen Machtkartell

Bayern bleibt bleiern

Im Diskussionszusammenhang dieser Zeitschrift (Der Aufsatz erschien zuerst in den Münchner Lokalberichten) interessiert am Ergebnis der Landtagswahl vor allem, wie sich dadurch im Land Bayern die Chancen der sozialen, demokratischen Bewegungen und das Interesse an kritischen Meinungen entwickeln. Aus diesem zugegeben etwas schrägen Blickwinkel schmelzen die stolzen 4,3 Prozent, die auf die Partei Die Linke entfallen sind, auf eine verpasste Gelegenheit zusammen. Es wird auch im neuen Landtag keinen zuverlässig offenen Ansprechpartner geben, wie das die Partei die Linke hätte sein können. 4,3 Prozent! Klar, es ist ein positives Signal für den Bundestagswahlkampf...

Die neue politische Konstellation

Den Verlusten der CSU stehen Gewinne der FDP und der Freien Wähler gegenüber. Die CSU – rechts – hat also verloren, ohne dass es im Gesamtbild zu einer Linksverschiebung gekommen wäre. Damit ist eine politische Mechanik außer Betrieb, die in der alten BRD jahrzehntelang funktionierte. Die Kommentatoren und Analytiker sprechen von Parteien eines gesellschaftlich definierten bürgerlichen Lagers, dem in Teilen auch noch die Grünen zugerechnet werden könnten. Das Wahlergebnis ist so ausgefallen, dass jede für den parlamentarischen Betrieb wichtige Funktion aus bürger-

licher Sicht wahrgenommen werden könnte. Wenn z.B. die CSU mit der FDP koalitiert, so würden die Freien Wähler die Oppositionsrolle gut besetzen. Da diese Partei in der Kommunalpolitik erfahren und aktiv ist, hat sie Boden unter den Füßen. Die Entwicklung des ländlichen Raums ist ein Thema der Freien Wähler und eine tatsächlich anstehende Staatsaufgabe, also gibt es auch Gelegenheiten für Auftritte. So wie schon jetzt bei der Wahl SPD und Grüne den Unmut an der Regierungsarbeit nicht in Wählerstimmen umsetzen konnten, kann es auch im parlamentarischen Tagesgeschäft kommen. Der Unmut, der sich gegen jede Regierung aufbaut, würde nicht „automatisch“ der SPD und den Grünen zu gute kommen, sondern könnte von den Freien Wählern abgegriffen werden.



► Hubers Kreuzzug

Wie bekannt, hatte Huber die Auseinandersetzung mit der Partei Die Linke zu einer Glaubens- und Gewissensfrage erhoben. Mit dieser plumpen und brutalen Ausgrenzung hat sich die CSU durchaus geschadet, der Partei Die Linke hat sie aber noch mehr geschadet. Sie hat jede Art von Verbindung mit dieser Partei als Risiko deklariert. Es war ein erklärtes Ziel der CSU, den Einzug der Linken in den Landtag zu verhindern. Es ist wohl das einzige Wahlziel, das die CSU erreichte. Tatsächlich konnten die Freien Wähler die Proteststimmung vor allem im ländlichen Raum so weit aufnehmen, dass es für die Partei Die Linke nicht gereicht hat. Es ist hier nicht von den 10 Prozent die Rede, die die Freien Wähler erreicht haben, sondern von den 0,7 Prozent, die der Partei Die Linke fehlten.

Ist es überhaupt angebracht, in Bayern von einem bürgerlichen Lager zu reden? Eine solche Grenze durch die Gesellschaft wird durchaus erkennbar, wenn man auf die Lage jener Kräfte und Bewegungen schaut, die auf soziale Veränderungen drängen. Die Gewerkschaftsbewegung zum Beispiel hat es nach diesen Wahlergebnissen mit ihren sozialpolitischen Forderungen nicht leichter. Unter sozialen Gesichtspunkten drückt das Wahlergebnis keine Linksverschiebung der Wählermeinungen aus.

Das hier gemessene Meinungsbild sagt über die Chancen des vom DGB betriebenen Volksentscheids für einen bayerischen Mindestlohn nichts Gutes. Ebenso zeigt schon ein flüchtiger Blick auf die Programmatik von CSU, FDP und Freien Wählern, dass sich mit dieser Wahlentscheidung vor einer Reform des stark selektierenden bayerischen Schul- und Bildungssystems weitere Hürden türmen. Da die Gewerkschaften nicht wehrlos sind und die linke Kritik nicht mundtot, sind das veränderliche Gegebenheiten. Nur: Es wird höchstwahrscheinlich nicht leichter.

Sicher ist hingegen, dass die Freien Wähler vor der Wahl signalisiert hatten, in der Bundesversammlung für die Wiederwahl des Präsidenten Köhler stimmen zu wollen. Das Wahlergebnis hat es nun so gefügt, dass CSU, FDP und Freie Wähler genauso viele Wahlmänner zur Bundesversammlung schicken, wie die CSU nach der sensationellen Stoiber-Wahl des Jahres 2003. Bundespolitisch ist das Wahlergebnis kein Signal für eine weiter links verteilte Mehrheitsbildung.

Die sozialen und kritischen Bewegungen und die außerparlamentarische Politik

Letztlich ist eine neue bayerische Besonderheit entstanden. Sowohl die Rolle einer Koalitionsregierung wie die

Rolle der parlamentarischen Opposition können auf der Basis von Grundsätzen und Zielen, die dem bürgerlichen Lager spezifisch gemeinsam sind, ausgeübt werden. In dieser Konstellation wird es für die SPD, die Grünen und die außerparlamentarische gebliebene Partei Die Linke schwieriger, die Oppositionsrolle zu spielen und die Kräfte, die aus dem Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition institutionell entstehen, für eine Entwicklung sozialer, ökologischer und friedenspolitischer Inhalte zu nutzen.

Magets Traum von einer Viererkoalition hätte am ehesten noch in Demokratisierungsbestrebungen eine Basis, die sowohl von der SPD wie auch von der FDP und den Grünen getragen werden. In den Aktionseinheiten gegen die Verschärfung des Versammlungsrechts und gegen die Ausspähgesetze war die FDP dabei. Es ist denkbar, dass die FDP in diesem Bereich Bedingungen an die CSU stellt, und es ist denkbar, dass die CSU dem ein Stück weit entgegenkommt. Auf dem weiten Feld der sozialen Zumutungen wird eine Koalition aus FDP und CSU durch Streiks, Demonstrationen, Kritiken nicht leicht zu beeindrucken sein. Denn der Unmut, der deswegen entsteht, hat sich bei diesen wichtigen Wahlen auch bei den Freien Wählern entladen, gar nicht bei der SPD, bei der Partei Die Linke schon, aber eben nicht ausreichend. Ein ähnliches Problem könnte man auch für die Grünen sehen. Die Grünen sehen es aber nicht und freuen sich in aller Unschuld über ihren Zugewinn.

Die Lage der Partei Die Linke

Obwohl die Partei höhere Prozentanteile erzielte als bei der Bundestagswahl und z.B. in München und in Nürnberg auch mehr als bei den Kommunalwahlen und obwohl es eine Sensation gewesen wäre, hätte die Partei die Fünf-Prozent-Hürde überwunden, obwohl das Ergebnis von landesweit 4,3 Prozent also vergleichsweise gut ist, es bleibt doch eine verpasste Gelegenheit. In einer Situation, in der in Bayern, man kann schon sagen, Millionen überlegten, ihr Wahlverhalten zu ändern, und es auch tatsächlich änderten, fiel ihre Wahl nicht auf die Linke. Das Stimmergebnis bleibt in einer Linie mit dem Bundestagswahlergebnis, es geht auf die alten Erschütterungen des Sozialstaats zurück, die zur Lösung der WASG aus dem Dunstkreis der SPD und letztlich zur Fusionspartei Die Linke führten. Als Antwort auf die spezifischen Entwicklungen in Bayern hat die Partei sich nicht anbieten können.

Warum? Einen wichtigen Hinweis liefert die Entwicklung der Freien Wähler. Aus der Kommunalpolitik kommend, scheiterte die Partei vor fünf Jahren mit ca. 4 Prozent in den

Landtagswahlen. Sie antwortete auf das von ihr verspürte breite Bedürfnis nach Erneuerung durch eine Entwicklung ihrer kommunalpolitischen Positionen. So verfügte sie bei dieser Landtagswahl an vielen Orten über Leute, die den Wählerinnen und Wählern bekannt waren und sich auch praktisch bewährt hatten.

Auf diesen Weg hat das Wahlergebnis auch die Partei Die Linke verwiesen. Tatsächlich sind die Ergebnisse der Partei die Linke wohl in den Städten besser, in denen eine Kommunalwahlbeteiligung gelungen war. Leider ist es so, dass die nächsten Kommunalwahlen (Wahlperiode 6 Jahre, Wahl voraussichtlich im März 2014) erst NACH den nächsten Landtagswahlen anstehen (Wahlperiode 5 Jahren, voraussichtlich Sept./Okt. 2013). Die zwischendurch anfallenden Europa- und Bundestagswahlen lassen sich erfahrungsgemäß zur Entwicklung landespolitischer Positionen nicht gut nutzen.

So hat es den Anschein, dass der bayerische Landesverband der Partei Die Linke in den nächsten Jahren auf eine kritisch-inhaltliche Auseinandersetzung mit der Landespolitik und auf außerparlamentarische Politik im Bündnis mit den kulturellen, politischen und sozialen Bewegungen verwiesen sein wird. Dabei wird es eine große Rolle spielen, wie Die Linke die Chancen nutzt, die sich durch die Erfolge bei der Kommunalwahl und jetzt auch bei den wenig beachteten gleichzeitigen Wahlen zu den Bezirkstagen ergeben haben (Ergebnis: 5 Mandate; 2 in Oberbayern, je 1 in Mittelfranken, Unterfranken und Schwaben).

Die Auseinandersetzung mit der extremen Rechten

Ein wichtiger Punkt dieses Wahlkampfes war die Auseinandersetzung mit der Gefahr einer offen rechtsextremen Parteibildung. Die Kandidaturen der REP und der NPD sind zwar über die Finanzierungsgrenze von 1 Prozent hinausgekommen, aber ihre Resultate haben keine Strahlkraft. Wahrscheinlich ist, dass das in Bayern durch viele Untersuchungen gemessene Potential für rechtsextreme Ansichten sich auf die Parteien des bürgerlichen Lagers verteilt hat.

Sollte es zu einer Koalitionsbildung CSU/FDP kommen, wird die Staatspolitik für Kritik empfindlicher werden, Träger der Auseinandersetzung mit Fremdenfeindlichkeit und religiöser bzw. kultureller Intoleranz wird die außerparlamentarische Linke sein müssen. Rot-Grün im Landtag geht aus diesem Wahlkampf nämlich nicht gestärkt hervor, und die grelle Begeisterung über die Verluste der CSU kann darüber nicht dauerhaft hinwegtäuschen.

Martin Fochler

Mahalla 49 – Gericht ignoriert entlastende Aussagen

Im Prozess gegen die „Mahalla 49“ – wir berichteten in der letzten Ausgabe – ignoriert das Nationale Staatssicherheitsgesetz in Tanta entlastende Aussagen, berichtet die Daily News Egypt. Der 19-jährige Student Mahmoud Ibrahim beispielsweise arbeitet als Hausmeister. Er wurde drei Tage nach dem Aufstand in Mahalla festgenommen, obwohl sein Chef bestätigte, dass er zur fraglichen Zeit gearbeitet hat. Ebenso wie Ibrahim wurde auch die anderen 48 Angeklagten nicht in den Tagen des Aufstandes festgenommen, sondern während Razzien mehrere Tage später. Anwälte und Menschenrechtsorganisationen hatten diese Razzien kritisiert und wiederholt darauf hingewiesen, dass die Angeklagten von Folter durch die Polizei während und nach den Razzien berichtet hatten. Diese Vorwürfe sind bisher vom Gericht nicht untersucht worden. Die Polizeibeamten, die am ersten Verhandlungstag am 6.9. vor Gericht auftraten, gaben auf Nachfragen zu, sich nicht erinnern zu können, oder verwiesen auf ihre schriftlichen Aussagen.

Olmert spricht sich für weitgehenden Rückzug Israels aus

Der scheidende israelische Regierungschef Olmert erklärte in einem von Zeitungen als „Vermächtnis“ bezeichneten Interview, Frieden mit den Palästinensern und Syrien sei nur möglich, wenn sich Israel aus nahezu allen 1967 eroberten Gebieten zurückziehe. „Was ich Ihnen jetzt sage, hat noch nie ein israelischer Regierungschef gesagt: Wir müssen uns aus fast allen Gebieten zurückziehen, Ostjerusalem und die Golanhöhen eingeschlossen“, so Olmert. „Ich möchte sehen, ob es in

Israel eine ernsthafte Person gibt, die glaubt, Frieden mit Syrien sei möglich, ohne die Golanhöhen aufzugeben.“ Detaillierte Angaben zu einem Rückzug oder zur Teilung Jerusalem machte er allerdings nicht. Die Äußerungen Olmerts seien sehr wichtig, antwortete der palästinensische Außenminister al-Malki, kämen allerdings zu spät. Olmert, der am 21.9. nach Korruptionsvorwürfen zurückgetreten war, ist derzeit noch als Übergangspremier im Amt. Bild: Die Zeile palästinensischer Geschäfte in Hebron wurde zu Beginn der zweiten Intifada durch die israelische Armee geschlossen.

Religiös verkleidete Unruhen erschüttern Indien

Ende September, Anfang Oktober fanden im Zentrum Neu-Delhis täglich Demonstrationen gegen die Entfesselung von Gewalt unter religiösen Vorzeichen statt. Linke und säkulare Kräfte demonstrierten gemeinsam mit Angehörigen der christlichen Minderheit. Die Kritik richtete sich gegen die zunehmenden Übergriffe von Hindu-fundamentalisten gegen Christen und Muslime. Im Kandhamal-Distrikt ist die Lage seit August nicht mehr unter Kontrolle. Immer wieder werden hier Leichen christlicher Inder aufgefunden, brennen Häuser, blockieren hinduistische Fundamentalisten Straßen, um Polizei, Journalisten und Menschenrechtsorganisationen den Zugang zu den Tatorten zu verwehren. In anderen Bundesstaaten ist die Lage noch nicht so zugespitzt, entwickelt sich aber ähnlich. Insgesamt wurden 4000 Angriffe gezählt mit mehr als 50 Toten, in über 300 Dörfern brannten 4000 Häuser ab, 50.000 Menschen wurden zur Flucht gezwungen und leben in Notlagern. Dabei gehen die organisierten Schlägertrupps offensichtlich

oft mit Rückendeckung durch Behörden und die hindunationalistische Indische Volkspartei BJP vor. Auch in Kaschmir – hier wird im Oktober gewählt – spitzt sich die Lage seit Monaten zu, Hindunationalisten blockieren immer wieder den Zugang zur Region. Die Gewalt provoziert zunehmend Gegen Gewalt. Die Furcht vor großen Unruhen und neuen Pogromen ähnlich dem von 2002, das über 1000 Menschen das Leben kostete, wächst. Auch in Neu Delhi kam es nach einer Anschlagswelle islamistischer Fundamentalisten zu zahlreichen Übergriffen gegen Muslime. Der frühere indische Premierminister Gowda warnte vor einer „schweren Erosion der säkularen Werte Indiens, die die Bundesstruktur gefährdet“. Er fordert das Verbot der Schlägertrupps der hinduistischen Bajrang Dal und des Welthindurats VHP.

(Quelle: Junge Welt und jungle world)

Hungerstreik politischer kurdischer Gefangener im Iran

Der Gesundheitszustand der seit dem 25. August hungerstreikenden kurdischen politischen Gefangenen im Iran verschlechtert sich zunehmend. Aus dem Gefängnis in Seqiz wurden mindestens drei Aktivisten ins Krankenhaus überstellt. Für Menschenrechtsorganisationen ist es schwer, Informationen über die Situation in den Gefängnissen zu bekommen. Vielen Gefangenen ist der Kontakt zu Angehörigen untersagt. Bekannt ist lediglich, dass der Hungerstreik in mindestens zwölf Gefängnissen durchgeführt wird und dass es bisher keinerlei Anzeichen gibt, dass die Forderungen der Gefangenen auch nur ansatzweise erfüllt werden. Von Angehörigen war zu erfahren, dass sich einige Gefangene die Lippen zugenäht haben.

An dem von PJAK- und PKK-Gefangenen begonnenen Hungerstreik beteiligen sich auch der zum Tode verurteilte kurdische Lehrer, Journalisten, Studierende, Menschenrechtler und Feministinnen. Sie fordern die Anerkennung ihrer politischen Identität, eine Beendigung der Folter in den Gefängnissen, die Verbesserung der Haftbedingungen ohne Unterscheidung zwischen zivilen und politischen Gefangenen, die Kontrolle der Gefängnisse durch iranische und internationale Menschenrechtsorganisationen. In den Gefängnissen befinden sich derzeit über 400 PJAK- und PKK-Gefangene.

Nach Informationen von ANF befinden sich mindestens 80 im Hungerstreik, tatsächlich dürften es mehr sein. Felek Uca hat als Abgeordnete des Europäischen Parlaments bei den iranischen Behörden den Antrag auf Besuchsgenehmigung der Gefangenen im Hungerstreik gestellt.



„FAIRgabe“ oder „Geiz ist geil“?

BERLIN. Die Diskussion um neue bundesweite Regeln für die öffentliche Auftragsvergabe kommt in ihre entscheidende heiße Phase. In den nächsten Wochen muss der Deutsche Bundestag über ein so genanntes „Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechtes“ entscheiden. Dieses legt dann fest, nach welchen Grundsätzen die öffentliche Hand in Deutschland ihre Einkäufe von Produkten und Dienstleistungen tätigt. Damit entscheidet der Bundestag zugleich über die Frage, ob die vielen Milliarden Euro für öffentliche Einkäufe zukünftig nach klaren sozialen, entwicklungspolitischen und ökologischen Vorgaben ausgegeben werden – oder eben nicht. Die Mitglieder des CorA-Netzwerks fordern eine FAIRgabe-Reform. Das heißt:

- verbindliche gesetzliche Regeln zu sozialen und ökologischen Kriterien (Tariftreue, ILO-Standards, Fairer Handel, Ökostrom etc.),
- klare Umsetzungsschritte für die Beschaffungspraxis sowie
- wirksame Kontrollen und Sanktionen gegen Fehlverhalten.

Gemessen hieran ist der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung leider völlig unzureichend ... Deswegen ruft CorA auch auf, Protestpostkarten zu bestellen, abzuschicken und eine verpflichtende Bestimmung zu fordern oder einen Brief an zuständige Bundestagsabgeordnete zu schreiben mit der Aufforderung, sich für eine Auftragsvergabe nach fairen Richtlinien einzusetzen!

www.saubere-kleidung.de

Erwerbsloseninitiativen wollen weiterhin bundesweite Vertretung

BREMEN. Vertreterinnen und Vertreter von Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen haben auf einem Treffen in Bremen am 12./13. September beschlossen, dass auch nach einer möglichen Auflösung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen e.V. BAG-SHI eine unabhängige bundesweite Interessenvertretung von und für Betroffene notwendig ist.

Vertreter verschiedener kommunaler wie bundesweit aktiver Initiativen, unter anderem des Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) und des Arbeitslosenverbandes Deutschland ALV diskutierten zwei Tage lang über die Notwendigkeit und Möglichkeiten einer zukünftigen Interessenvertretung.

„Es wurde ganz klar, dass ein Neuanfang gemacht werden muss und es wurde ganz klar, dass aus alten Fehlern gelernt werden muss.“

Konkret über die Gründung einer neuen, transparent arbeitenden und unabhängigen Interessenvertretung



werden Initiativenvertreter auf Einladung eines Erwerbslosenvereins am zweiten Novemberwochenende 2008 in Meppen diskutieren.

Dort kann der Grundstein für eine neue, bundesweit aktive unabhängige Interessenvertretung gelegt werden.“ so Andreas Geiger, Vorsitzender der BAG-SHI. www.bag-shi.de

Bundesausländerbeirat: „Einbürgerungstest ist ein fatales Signal!“

MAINZ. Der Bundesausländerbeirat hat den Einbürgerungstest scharf kritisiert, mit dem Einbürgerungsbewerber ab dem 1. September „Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland“ nachweisen müssen.

Der Test sei überflüssig und habe fatale Auswirkungen. „Durch diese weitere Hürde werden die Einbürgerungszahlen in Deutschland noch weiter sinken“, resümiert der Bundesvorsitzende, Memet Kilic. Der Bundesverband der Ausländer- und Integrationsbeiräte in Deutschland verwies darauf, dass schon jetzt die Einbürgerungszahlen stetig zurückgehen. So erhielten im Jahr 2007 rund 113.000 Ausländer den deutschen Pass – fast 10 % weniger als im Vorjahr (2006: 124.566).

Deutschland habe im europäischen Vergleich schon jetzt eine der schlechtesten Einbürgerungsquoten. Von den bundesweit etwa 7 Mio. Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit leben rund 4,8 Mio. seit mehr als acht Jahren in Deutschland und erfüllen somit die wichtigste Einbürgerungsvoraussetzung. Dennoch sind es pro Jahr nur etwas mehr als Hunderttausend, die die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen. www.bundesauslaenderbeirat.de

Atomkraftgegner rechnen mit wachsenden Protesten in Gorleben

GORLEBEN. Die Anti-Atom-Bewegung rechnet bei ihren Protesten Anfang

November gegen den Castor-Transport nach Gorleben mit im Vergleich zu den letzten Transporten deutlich wachsender Beteiligung. „Das Desaster im Versuchsendlager Asse hat vielen Menschen noch einmal vor Augen geführt, dass der täglich wachsende Atommüllberg nicht sicher über Jahrtausende zu lagern ist“, so Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Initiative X-tausendmal quer. Vom 7. bis 10. November sollen weitere elf Castor-Behälter mit hochradioaktivem heißem Atommüll in einer oberirdischen Leichtbauhalle in Gorleben eingelagert werden. „Die Haltbarkeit eines Castor-Behälters beträgt höchstens 40 Jahre. Die Halbwertszeit von Plutonium 24.000 Jahre“, so Stay. Die Initiative X-tausendmal quer ist an der Vorbereitung der Großdemonstration am 8.11. in Gorleben beteiligt und plant für den 9. und 10.11. große Blockadeaktionen auf der Transportstrecke im Dorf Gorleben. Die Atomkraftgegner setzen bei den Aktionen nicht auf Eskalation: „Nicht die Polizei ist unser Gegner“, betont Stay, „sondern Energiekonzerne und Politiker, die nur an ihre eigenen Interessen auf Kosten der kommenden Generationen denken.“

www.x-tausendmalquer.de

Kampagne SAFE HAVEN in Kiel gegründet

KIEL. Zum Tag des Flüchtlings 2008 – der in diesem Jahr mit dem Deutschlandtag am 3. Oktober zusammenfiel – wurde in Kiel die schleswig-holsteinische Kampagne SAFE HAVEN – Flüchtlinge aufnehmen! – Sichere Zufluchtsorte schaffen! aus der Taufe gehoben. Im Netzwerk SAFE HAVEN haben sich unter anderem der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, die Freien Wohlfahrtsverbände, der schleswig-holsteinische Landesbeauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, die Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Kirche,

die Kieler Bildungs- und Beratungsstelle für MigrantInnen (ZBBS), das Behandlungszentrum für Folteropfer Refugio und zahlreiche interessierte Einzelpersonen zusammengefasst. Ziel des für weitere Interessierte offenen Netzwerkes ist eine Kampagne für die verstärkte Aufnahme von Flüchtlingen aus Erstaufnahmeländern und ihre Neuansiedlung (Resettlement) in Schleswig-Holstein. SAFEHAVEN unterstützt dabei die vom UN-Hochkommissar für Flüchtlinge gegenüber der Bundesregierung erhobene Forderung nach einer verstärkten Bereitschaft zur humanitären Flüchtlingsaufnahme. Der Kieler Innenminister Lothar Hay hatte sich ebenfalls unlängst für ein größeres Engagement Deutschlands bei der Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen.

www.frsh.de

Politische Entscheidung zum kommunalen Wahlrecht muss kommen

BERLIN. Am 22. September 2008 befasste sich der Innenausschuss des Bundestages mit dem so genannten kommunalen Ausländerwahlrecht. Die Anhörung kam zustande, nach dem die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag bzw. Gesetzesentwurf eingebracht hatten. Auch die SPD unterstützt den Vorstoß der beiden Oppositionsfraktionen. Im Rahmen der Anhörung gaben die eingeladenen Experten ihre Stellungnahmen ab. „Das kommunale Wahlrecht für Nicht-EU-Bürger ist nicht vom Tisch, wie die Unionsfraktion meint.“ Tayfun Keltek, Vorsitzender der LAGA NRW (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen) erwartet eine politische Entscheidung des Parlaments. Bei der Anhörung im Bundestag habe

sich gezeigt, so Keltek weiter, „dass es ganz unterschiedliche Auffassungen der Staatsrechtler zum kommunalen Wahlrecht gibt. Die CDU/CSU darf sich jetzt nicht hinter der Meinung von zwei Staatsrechtlern verstecken.“ Insgesamt wurden im Bundestag sieben Experten angehört. Dabei kamen ganz unterschiedliche Meinungen heraus. „Eine politische Entscheidung für mehr Teilhabe ist jetzt notwendig“, fordert Keltek.

Politische Beteiligung für Migranten sei „keine Belohnung“ für Integration, sondern wesentlicher Bestandteil des Integrationsprozesses. Keltek: „Wer das Gemeinwesen mitgestalten darf, übernimmt schneller mehr Verantwortung. Das ist für die gesellschaftliche Integration von Migranten jeglicher Herkunft wichtig. Alle Fraktionen außer der CDU/CSU haben eine Zustimmung zu einer Grundgesetzänderung, wie sie die Verfassungsrichter zu Beginn der 90er Jahre gefordert haben, signalisiert. Jetzt liegt es an der Union zu zeigen, wie ernst es ihr mit der Integration und Partizipation von Migranten tatsächlich ist.“

1990 scheiterte das kommunale Wahlrecht vor dem Verfassungsgericht, weil die Richter der Auffassung waren, dass es zuvor eine entsprechende Änderung des Artikels 29 geben müsse. Nach Einführung des kommunalen Wahlrechts für EU-Bürger gibt es nach Auffassung der LAGA NRW bereits eine Wahlberechtigung für Nichtdeutsche, ohne dass dazu eine Grundgesetzänderung gegeben hätte. „Jetzt ist es an der Zeit gleiche Rechte für alle herzustellen. Schließlich ist der Grundsatz der Gleichbehandlung ein ganz wesentlicher Grundwert unserer Verfassung“, meint Keltek.

www.wahlrecht-fuer-migranten.de

Brandenburgs Hochschulen brauchen mehr Demokratie statt weniger

POTSDAM. Vertreterinnen und Vertreter der brandenburgischen Studierendenvertretung (BrandStuVe) übergaben am 30. September 6.000 Unterschriften an den brandenburgischen Landtagspräsidenten, welche unter der Überschrift „Für ein gerechtes Hochschulgesetz“ in den letzten Wochen gesammelt wurden. Der studentische Dachverband fzs unterstützt die Forderungen zum Erhalt der Demokratie an Hochschulen und zur Verhinderung von Zwangsexmatrikulationen. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass alle Brandenburger Hochschulen Fristen für alle Prüfungen setzen müssen, werden diese überschritten werden die betroffenen Studierenden exmatrikuliert. Diese Fristen gehen komplett an der sozialen Studienrealität vorbei. Weiterhin soll durch den Gesetzesentwurf die Möglichkeit geschaffen werden, die demokratischen Gremien an den Hochschulen zu marginalisieren oder gar abzuschaffen. Hierzu erklärt Anja Gadow vom fzs-Vorstand: „Hochschulautonomie mag Chancen für die Entwicklung der Hochschulen bieten – diese dürfen jedoch keinesfalls zu Lasten der Hochschuldemokratie genutzt werden. So wird etwa die versprochene Qualitätsentwicklung zur Farce, da den Studierenden keinerlei stimmberechtigte Mitwirkung zugestanden werden soll.“

Der fzs fordert die große Koalition in Brandenburg auf, umzusteuern und Maßnahmen, die weiteren Verschlechterung der Chancengleichheit und Demokratie im Bildungssystem dienen, nicht zuzulassen.

www.fzs.de

Aufruf zu weltweiten Protesten gegen Überwachung

BERLIN. Bürgerrechtsorganisationen rufen zu Protesten gegen die ständige Zunahme der Überwachung durch Regierungen und Unternehmen auf. In Berlin wird am 11. Oktober 2008 eine Kundgebung unter dem Motto „Freiheit statt Angst“ stattfinden. Derzeit haben 15 Länder ihre Teilnahme am internationalen Aktionstag am 11. Oktober angemeldet. Solch einstimmige Proteste gehen größtenteils auf den Drift der Politiker in Richtung von Verhandlungen über Überwachung und Kontrollmaßnahmen hinter geschlossenen Türen zurück. Unter anderem richten sich die internationalen Proteste gegen die ge-



plante Registrierung aller Fluggäste in der EU, die geplante Auslieferung der Daten an die USA, biometrische Daten in EU-Dokumenten und die Speicherung von Telekommunikationsdaten wie Telefonverbindungen oder Ortsdaten von Anrufern von allen 455 Mil-

lionen Europäern. Dieser politische Spirale innerer Aufrüstung, die von verbrechensbezogenen Gefahren motiviert ist, stellt die Zivilgesellschaft den Aufruf „Freiheit statt Angst“ gegenüber. Ein Stopp aller Überwachungsaktivitäten und die Reduzierung aller Massenüberwachungen sowie die Ausweitung der digitalen Rechte sind notwendig, um Bürgerrechte zu schützen und zu stärken. Zusätzlich fordern die Aktivisten eine unabhängige

Durchsicht jeder einzelnen geplanten oder existierenden Überwachungsmaßnahmen und Kontrollmaßnahmen im Hinblick auf ihre Effektivität und unerwünschte Nebeneffekte.

www.unwatched.org
www.vorratsdatenspeicherung.de

Internationaler Rassistenkongress verhindert! – Ganz K



Freitag: Die Partei Die Linke in Köln Ehrenfeld vor der alten Moschee

Rede von Jörg Detjen auf der Kundgebung „Köln stellt sich quer!“

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, als Mitglied im Rat der Stadt Köln muss ich mir seit 2004 immer wieder die Hetztiraden von Pro Köln anhören.

Auf der einen Seite werden Minderheiten in unserer Stadt angegriffen, übelst beschimpft und diffamiert. Auf der anderen Seite schleimen sich diese Rechtsextremen mit seichten Anträge an und tun so, als ob sie eine rechtskonservative Partei seien. Mit ihrer Anti-Islam-Kampagne haben sie sich vor der ganzen Stadt demaskiert und ihre Hetze in nie da gewesener Form gesteigert:

Sie haben die Muslime und den Islam – eine große Glaubensgemeinschaft in unserer Stadt – generell zum Feind erklärt. Sie hatten vor einigen Wochen einen offenen Holocaustleugner zu ihrer Veranstaltung eingeladen. Der kommt jetzt nicht mehr, dafür ein Mann von der Lega-Nord, der wegen eines Brandschuldes auf ein Einwanderer-Lager einschlägig verurteilt wurde.

Verharmlosung des Holocaust, Verherrlichung von Gewalt gegen Einwanderer und die Stigmatisierung einer Religionsgemeinschaft sind unerträglich. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir stellen uns quer. Wir stellen uns vor und an die Seite von Minderheiten in dieser Stadt.

Pro Köln hat eine Vorgeschichte. 1989 sind die gleichen Leute unter dem Namen „Republikaner“ mit 7,4 % in den Stadtrat eingezogen. Und schon damals hetzten sie z.B. gegen die Sinti und Roma. Der eine oder andere erinnert sich vielleicht an das Steckbriefplakat gegen eine Roma-Frau.

Als 1992 Anschläge auf Flüchtlings-

lager ausgeübt wurden, stand Köln auf und demonstrierte. So wie heute! Und dieser Protest hat Wirkung gezeigt. Bei der Kommunalwahl 1994 erhielt die Nachfolgeorganisation Deutsche Liga nur noch 2 Prozent. Danach hat sich Manfred Rouhs mit seinem rechtsextremen Verlag aus dem Staub gemacht und zog nach Eschweiler. Nach wenigen Jahren wurde er dort zur unerwünschten Person und kam zurück nach Köln.

Bei der Kommunalwahl 1999 erhielt er dann 0,1 % und die Republikaner 1,2 % also noch mal weniger. Protest und Widerstand hat Erfolg!

Erst 2004, unter dem unscheinbaren Namen Pro Köln konnte sich wieder eine rechtsextreme Partei im Kölner Rat etablieren. Seit dieser Zeit hetzen sie im Rat und in den Ausschüssen gegen Migranten und Migrantinnen, gegen Schwule und Lesben, ja, gegen alle gesellschaftlichen Gruppen und Initiativen, die nicht in ihren dumpfbackenen Horizont passen. Und dem müssen wir jetzt ein Ende setzen.

Diese Protestdemonstration ist der Beginn einer breiten Kampagne von uns allen, dass Nazis im Kölner Stadtrat keine Chance haben. Lasst uns gemeinsam parlamentarisch und außerparlamentarisch dafür sorgen, dass Pro Köln keine Fraktion mehr im Kölner Rat stellen kann. Städtische Gelder dürfen nicht weiter missbraucht werden für rechtsextreme Propaganda.

Wir müssen in den Veedeln breite antifaschistische Bündnisse bilden. Vor Ort müssen wir mit den Menschen reden. Sie müssen erfahren, was das für rechtsextreme Schleimer und Demagogen sind.

Deshalb: Nazis raus aus den Köpfen – Gemeinsam sind wir Köln!

40.000 haben am 20. September in Köln durch kreativen Protest und Blockaden erreicht, dass ein von der extrem rechten Gruppierung Pro Köln angesetzter sog. Anti-Islamisierungskongress mitten in Köln nicht stattfinden konnte. Auch viele Mitglieder der Linken waren dabei.

Im Frühjahr hatte die rassistische Gruppierung Pro Köln, die seit 2004 im Kölner Stadtrat gegen MigrantInnen hetzt, angekündigt, im September in der Innenstadt einen sog. Anti-Islamisierungskongress durchzuführen. Dieser sollte dazu dienen, unter dem Deckmantel vermeintlicher Religionskritik fremdenfeindliche Parolen zu verbreiten und mit prominenten Rechten und Neonazis aus ganz Europa den Wahlkampf für die Kommunalwahlen 2009 einzuläuten.

Dagegen formierte sich schnell breiter Widerstand in der Stadt. So gründete sich das „Bündnis gegen Pro Köln“, dem z. B. verschiedene Antifa-Gruppen, Attac, linke Jugendverbände und ebenfalls Gewerkschaftsjugendenden angehörten. Auch der Kölner Kreisverband der Linken beteiligte sich von Beginn an.

Es wurde schon bald ein gemeinsamer Aufruf unter dem Motto „Aufgestanden, hingesetzt, blockiert – internationalen Rassistenkongress verhindern“ veröffentlicht. In diesem wurde klar gemacht, worum es ging: Mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams sollten, ähnlich wie bei den Protesten gegen den letztjährigen G8-Gipfel in Heilighamm, alle Zufahrtswege zum Kongressort frühzeitig durch Blockaden von einer großen, bunten und lauten Menschenmasse dicht gemacht werden, so dass es den Rechten unmöglich würde, auf ihren Platz zu kommen.

Ein weiteres Bündnis bildete sich, dieses jedoch eher aus dem gewerkschaftlichen, kirchlichen und bürgerlichen Parteien-Spektrum auf Initiative des DGB. Das Motto „Köln stellt sich quer“ knüpfte an frühere erfolgreiche Antifa-Demonstration an und enthielt ebenfalls den Gedanken des Querstellens.

Auch in diesem Bündnis engagierte sich Die Linke aktiv und versuchte hierbei, eine Art „Vermittlerrolle“ zum „Bündnis gegen Pro Köln“ zu übernehmen. So gelang es letztlich, dass die beiden Bündnisse nicht in Konkurrenz zueinander standen, sondern sich gegenseitig ergänzten, und sich gemeinsam das Ziel setzten, den Heumarkt einzukreisen und den Zugang für die Nazis unmöglich zu machen.

Durch die nun breite Mobilisierung und durch einen Ratsbeschluss schaffte man es, das Thema in Köln ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Viele

Köln stellte sich quer

waren empört, als Pro Köln einen offenen Holocaust-Leugner als Redner ankündigte und später wieder zurückzog.

Am Vortrag der Veranstaltung wollte Pro Köln eine Pressekonferenz und eine Busfahrt zur Moschee und andere Stadtbezirke mit hohem Migrantanteil durchführen. Eine Pressekonferenz im Rathaus wurde unterbunden und der Raum der Bezirksvertretung Nippes mit einer Sondersitzung der Bezirksvertretung und hunderten Zuschauern belegt. Eine eilig zusammengerufene Pressekonferenz fiel buchstäblich ins Wasser. Das Rheinschiff wurde von Demonstranten attackiert und konnte über mehrere Stunden nicht anlegen. Taxifahrer und Busfahrer weigerten sich, Pro Köln zu transportieren. Restaurants stornierten die Reservierungen.

Fortsetzung auf Seite 14 ▶

Aktuelle Stunde im Stadtrat nach der Demonstration, Jörg Detjen: Bei dem Engagement der Kölnerinnen und Kölner möchte ich eine Person herausstellen: Der DGB-Vorsitzende Wolfgang Ullenberg-van Dawen hat bereits im Frühjahr dieses Jahres deutlich gemacht, dass er alle ihm zur Verfügung stehenden Kräfte mobilisieren wird, um den „Anti-Islam-Kongress“ zu verhindern. Dafür unser Dank!

Der Erfolg dieser Demonstration war nur möglich, weil viele gesellschaftliche Kräfte den Aufmarsch von Pro Köln verhindert haben. Dazu gehört das DGB-Bündnis, aber genauso das Bündnis gegen Pro Köln, das mit fantasievollen, friedlichen Blockadeaktionen einen entscheidenden Beitrag dazu geleistet hat, dass hunderte Nazis nicht auf den Platz gekommen sind.

Ich sage das ausdrücklich, weil in bürgerlichen Kreisen Arsch-Huh als das

Nonplusultra angesehen wird, und in linken Kreise eher der zivile Ungehorsam hochgelobt wird: All das haben wir gemeinsam unter der Losung: „Wir stellen uns quer“ erreicht. Das „quer stellen“ ist eben in vielfältiger Form möglich.

Auf der Veranstaltung sind aber auch Forderungen an die Politik gerichtet worden. Z.B. in Bildung und soziale Projekte mehr zu investieren, um Rechtsextremismus erfolgreich zu bekämpfen. Die Linke hat dazu viele Initiativen gestartet, die der Rat auch beschlossen hat.

Wir erwarten insbesondere von der CDU und der FDP, dass sie nicht mehr rechte Hetzthemen populistisch aufgreift, nicht mehr mit den Rechten auf den Gängen spricht, sondern sie inhaltlich bekämpft. Wir werden uns dafür einsetzen, dass im Rahmen des Kommunalwahlkampfes sich in den Stadtbezirken Bündnisse gegen den rechten Sumpf bilden . . .



Samstag: Viele Kinder und Jugendliche engagierten sich



Samstag: Transparent an der Hohenzollernbrücke



Freitag/Samstag: 1000 Warnwesten kamen zum Einsatz



Samstag: Blockade in der Altstadt



Für den Samstag wurde vom DGB ein großes Konzert mit vielen bekannten Kölner Bands organisiert, das in unmittelbarer Nähe zum Heumarkt, dem Ort des Rassistenkongresses, stattfinden sollte. Auch das Bündnis gegen Pro Köln setzte vollstes Engagement in eine bundesweite Mobilisierung.

Mit Erfolg: Bereits am frühen Morgen waren zahlreiche engagierte Menschen in den Straßen um den Heumarkt unterwegs und die ersten Blockaden standen, um den Rechten den Weg zu versperren. Auch viele GenossInnen der Linken beteiligten sich.

Andere waren zur selben Zeit an der von zahlreichen TeilnehmerInnen besuchten Kundgebung des DGB und zeigten dort Flagge, u. a. mit einem Transparent: „Keine Hetze gegen Muslime – Keinen Fußbreit den Faschisten!“

Die Straßen um den Heumarkt waren durch die große Masse an AktivistInnen so gut dicht gemacht, dass am Mittag nur etwa 50 Ewiggestrige den Weg zum Kongressort gefunden hatten, die rassistische Prominenz saß hingegen am Köln-Bonner Flughafen fest und kam dort nicht weg, weil die Bahngleise besetzt waren.

So entschied die Kölner Polizei schließlich: Der Rassistenkongress wird verboten!

Leider kam es dann, als eigentlich alles schon vorbei war, noch zu einigen sehr unschönen Szenen seitens vorwiegend auswärtiger Demonstranten, aber auch der Polizei, die zahlreiche friedliche DemonstrantInnen stundenlang einkesselte und etwa 500 von ihnen, teilweise Kinder und Jugendliche, mit auf die Wache nahm, wo diese unter skandalösen Umständen festgehalten wurden. Dies muss und wird auch ein juristisches Nachspiel haben.

Insgesamt lässt sich aber ganz klar feststellen: Der 20. September war ein großer Erfolg für Antifaschismus, Demokratie und Menschlichkeit. Wieder einmal gelang es in Köln, eine rechte Veranstaltung nicht nur zu behindern, sondern zu verhindern – und dies mit einer Aktionsform, die so zum ersten Mal erprobt wurde: einer gut geplanten Massenblockade und einer sensibilisierten Stadtgesellschaft, die sich quer stellte.

*Benjamin Wernigk,
Jörg Detjen*

Cross-Border-Leasing nach der Bankenkrise: BONN. Auch in Bonn wurde versucht durch Verkaufen und Zurückerkufen der Kläranlagen und des Kanalnetzes, das so genannte „Cross-Border-Leasing“ zusätzliche Einnahmen zu erzielen. „Dass die Verluste ganz oder teilweise an uns hängen bleiben, war schon deswegen zu erwarten, weil die riskanten Verträge mit diesen Banken zu ihrem Vorteil abgeschlossen wurden“, sagt der Sprecher Die Linke Bonn Karsten Bellin. „Abgesehen vom Transparenz- und Demokratiedefizit dieser Geschäfte, ist Cross-Border-Leasing eine Form von Untreue, begangen durch staatliche Entscheidungsträger zu Lasten der Bürger. Denn mit Cross-Border-Leasing sind auch ohne Bankenkrise unkalkulierbare Risiken verbunden“. Die Linke war immer gegen eine solche Politik des schleichenden Ausverkaufs und hat die Risiken solcher Geschäfte angemahnt. Die Situation hat sich jetzt verschärft: Im Zuge der Bankenkrise in den USA sind die Cross-Border-Leasing-Partner der Kommunen von Insolvenz bedroht, bzw. im Ranking herabgestuft worden. Dies hat zur Folge, dass auf die betroffenen Kommunen zusätzliche Belastungen zukommen, da sie entweder die Depotbanken wechseln müssen oder ihre Absicherung des Cross-Border-Geschäftes aufstocken müssen. Zeitgleich laufen Verfahren der US-amerikanischen Steuerbehörde gegen die US-amerikanischen Anleger wegen missbräuchlicher Steuerumgehung, die zur Abschöpfung der Steuervorteile bis hin zur vorzeitigen Beendigung des Cross-Border-Vertrages führen können. Über die aktuellen Risiken schweigen sich die Städte meist aus. Sie verweisen auf die vertraglich vereinbarte Geheimhaltung, die es ihnen sogar verbieten würde, den Investor oder Versicherer zu nennen. Aus diesem Grund ist es dringend erforderlich, dass die Stadt Bonn tätig wird. Wir möchten umgehend von der Stadt Bonn wissen, ob auch ihre CBL-Partner von der Bankenkrise betroffen sind und in welcher Weise. Wir möchten wissen, welche Maßnahmen die Stadt Bonn bisher unternommen hat. Wir möchten, für den Fall, dass CBL-Partner betroffen sind, wissen, welche finanziellen Risiken sich daraus für die Stadt ergeben und ob zusätzliche Absicherungen getroffen werden müssen und ob die Stadt plant, die Depotbank oder den Versicherer zu wechseln. Wir möchten weiterhin wissen, welche Möglichkeiten die Stadt sieht, die Verträge vorzeitig zu beenden.

www.dielinke-nrw.de

Cross-Border-Leasing-Verträge: MÜNCHEN. Der Stadtrat der Linken Orhan Akman hat eine Anfrage zu Cross-Border-Leasing-Verträgen der Landeshauptstadt München gestellt, in der er Aufklärung über die von der Stadt abgeschlossenen Verträge und die Risiken durch die Finanzkrise und die Steuerverfahren der amerikanischen Finanzbehörden gegen CBL-Partner verlangt. „Ausgehend aus den USA hat der finanzgetriebene Kapitalismus mit seiner Finanzkrise wie ein Hurrikan einen weltweiten Zusammenbruch (Crash) der Finanzmärkte ausgelöst. Neben riesengroßen Privatbanken und Versicherungen hat diese Krise auch öffentlich-rechtliche Institute und Banken in ihrem Sog gezogen, auch diesseits des Atlantiks. So mussten mehrere öffentlich-rechtliche Banken in Deutschland Verluste von zig Milliarden nach monatelangem Verschweigen offenbaren und abschreiben. Diese Milliardenverluste müssen die ‚braven‘ Bürgerinnen und Bürger nun ausbaden. Doch damit nicht genug. Aktuell berichten Medien und Presse (s. Artikel in der FR-online vom 24.9.2008 ‚Jetzt zittern die deutschen Städte‘), dass die Finanzkrise mehrere Großstädte in der Bundesrepublik (Köln, Bochum, Düsseldorf, Würzburg usw.) erreicht hat, weil viele dieser Städte Cross-Border-Leasing (CBL)-Verträge abgeschlossen hatten. Mit den einst als ‚sprudelnde Geldquelle‘ gepriesenen CBL-Verträgen haben sich mehrere deutsche Kommunen verspekuliert.“

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Ausgründungen machen nur Probleme: DORTMUND. Der Weg der Ausgründungen von Einrichtungen der kommunalen Daseinsfürsorge durch die rot-grüne Stadtregierung ist nach Ansicht der Partei Die Linke ein systematischer Fehler. Ausgründungen werden von den Linken zudem als schrittweise Vorstufe zur Privatisierung kommunaler Aufgaben abgelehnt. Als Beispiele führen die Linken die Ausgliederung der städtischen Kliniken aus dem Haushalt im Jahre 2001 zur Dortmunder Klinikum gGmbH an und die erst vor 2 Jahren erfolgte Ausgliederung der Kindertagesstätten aus dem Jugendamt zum Eigenbetrieb Fabido. „Beide Einrichtungen gehören zwar zu 100% der Stadt Dortmund. Die demokratische Kontrolle durch die gewählten Entscheidungs-



Cross-Border
Grenzenlos
verantwortungslos

träger im Rat der Stadt Dortmund ist aber zumindestens beim Klinikum stark eingeschränkt worden, weshalb das Klinikum auch wieder näher an die Stadt herangeführt werden sollte – entweder als kommunaler Eigenbetrieb oder direkt als Teil der Verwaltung. Dazu kommt, dass ganz offenkundig eine Ausgliederung einerseits nicht zu mehr Wirtschaftlichkeit führt und andererseits die Mitarbeiter unter erheblichen Druck geraten. Entlassungen und Notlagentarifverträge beim Klinikum und die massenhaft nicht verlängerten Verträge bei Fabido sprechen da eine deutliche Sprache“, kritisiert Kreissprecher Utz Kowalewski die im Grundsatz falsche Strategie von Rot-Grün zur Entwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge der Stadt Dortmund. Bei Fabido fordern die Linken ganz konkret die Aussetzung weiterer geplanter Entlassungen und die Fortschreibung der Verträge. Dass Fabido in Form von Carmen Höft bei der Ankündigung drohender arbeitsrechtlichen Niederlagen den Mitarbeiterinnen bereits betriebsbedingte Kündigungen androht, hält die Linke für ein Skandal. www.dielinke-nrw.de

Stadtwerke gehen in die Offensive:

BERLIN. „Stadtwerke sind am besten dafür geeignet, das energiepolitische Zieldreieck aus Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Klimaschutz zu erfüllen. Denn sie stehen auf einem soliden Wertefundament und richten ihre Arbeit ganz am Nutzen für den Bürger aus.“ Dies betonte VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck anlässlich der Vorstellung und des Starts der bundesweiten Dachmarkenkampagne „Meine Stadtwerke. Gemeinsam stark“ im Museum für Kommunikation in Berlin. Stadtwerke „orientieren sich am Gesamtinteresse der Bevölkerung“, so Reck weiter. Ihre Versorgungsleistungen schafften Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Infrastrukturen seien Voraussetzung für das Funktionieren der Wirtschaft in der Region. Dabei stehe die Gemeinwohlorientierung der Stadtwerke nicht im Widerspruch zu betriebswirtschaftlichem Denken. Sie vertrage sich allerdings nicht mit dem Gebot der reinen Profitmaximierung. „Stadtwerke stehen für Citizen Value, den Nutzen für die Bürger, und nicht für kurzfristigen Shareholder Value“, brachte Reck den Kern des Selbstverständnisses kommunaler Unternehmen auf eine griffige Formel. Dies sei gerade in der heutigen Zeit, die von Irrungen und Wirrungen auf den Kapitalmärkten geprägt sei, ein unternehmerischer Ansatz, von dem die Bürger und die Städte enorm profi-

tierten, ergänzte Reck. Denn mit dem Geld, das die Stadtwerke erwirtschafteten, würden auch andere kommunale Aufgaben finanziert. Der Gewinn bleibe somit am Ort und fließe über die angebotenen Dienstleistungen an die Bürger zurück. So könnten auch Dienstleistungen angeboten werden, die private Unternehmen nicht oder nur zu erheblich höheren Preisen anbieten könnten. www.vku.de

Aus für Kreisgebietsreform: KIEL. Die Große Koalition in Kiel hat die lange diskutierte Kreisgebietsreform auf Eis gelegt. Nachdem die ursprünglichen Planungen, nach denen der Kreis Segeberg in mehrere, neu zu schaffende Kreise aufgeteilt worden wäre, bereits im letzten Jahr ad acta gelegt wurden, folgte am Mittwoch das endgültige Aus für eine aus Kiel gesteuerte Fusion schleswig-holsteinischer Landkreise. Noch im November 2007 war der damalige Innenminister und jetzige SPD-Vorsitzende Ralf Stegner in den Kreis Segeberg gekommen und hatte mit KreispolitikerInnen über den Stand der Reform diskutiert. Dabei verkündete er, die Kreisgebietsreform werde „in jedem Fall kommen“. Die Landes-SPD hielt dann auch bis zuletzt an den Planungen fest, wollte aber am Ende nicht mit Macht eine Rumpf-Reform durchsetzen. Die Reaktionen auf das „Aus“ sind im Kreis geteilt, fallen aber überwiegend positiv aus. Die Kreispolitiker wollen nun ihre bisherige Zusammenarbeit mit den Kreisen Lauenburg und Stormarn ausbauen und auf die kreisfreie Stadt Neumünster zugehen.

www.infoarchiv-norderstedt.org

Unsinniger Geiz: STUTTGART. Der Stadtjugendring braucht Hilfe! Um durchschnittlich ein Prozent – viel zu wenig – wurde im Haushalt 2008/2009 das Budget der geförderten Sozial- und Jugendeinrichtungen erhöht. Der Stadtjugendring gehört zu denen, die ganz leer ausgingen. Null Erhöhung ist real eine Kürzung, denn alles wird teurer. Nun kann der Stadtjugendring seine Beschäftigten nicht mehr tarifgerecht bezahlen. Das ist unzumutbar. Deren anerkannt gute Arbeit unterstützt die vielfältigen und internationalen Stuttgarter Jugendvereine, also direkt die breit gefächerte ehrenamtliche Jugendarbeit. Stuttgart will jetzt dafür sorgen, dass alle Kinder die gleiche Chance auf ein gutes, gesundes Aufwachen und Bildung haben. Die Jugendverbände leisten viel zur Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher. Das muss ausgebaut, nicht eingeschränkt werden. Hier geht es nicht um Millionen. Das verweigerter eine Prozent entspricht 53000 Euro.

Die Stadt kann das wohl zahlen. (Amtsblatt der Stadt Stuttgart, Nr. 40/2008)

Gemeindefinanzbericht 2008:

BERLIN/KÖLN. Der Deutsche Städtetag hat den Gemeindefinanzbericht 2008 unter dem Titel „Reiche Städte, arme Städte – die Verantwortung der Länder“ veröffentlicht. Eine Kernaussage des Berichts: Die Schere geht weiter auseinander zwischen wachsenden Städten mit starker Finanzkraft und Städten, die sich in einer finanziellen Abwärtsspirale befinden mit einer schrumpfenden Zahl von Arbeitsplätzen und Einwohnern. Der kommunale Spitzenverband fordert vor diesem Hintergrund Bund und Länder auf, auch finanzschwache Kommunen in eine Altschuldenregelung einzubeziehen, wie sie durch die Föderalismusreform II für die Länder diskutiert wird. „Die Föderalismuskommission hält es zwar für möglich, die Kommunen in das System der Schuldenbegrenzung einzubeziehen, kümmert sich aber in keiner Weise um eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Es gibt keinerlei Überlegungen, auch hochverschuldete Städte in eine Altschuldenregelung einzubeziehen, wie sie für die Länder erörtert wird. Es werden im Gegenteil unter der Überschrift ‚Steuerautonomie der Länder‘ Maßnahmen geprüft, die die finanzielle Lage der Kommunen – vor allem der strukturschwachen – weiter verschlechtern würden.“, erklärte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. Trotz des Überschusses im kommunalen Gesamthaushalt gefährde jedoch weiterhin in vielen Kommunen eine hoch defizitäre Finanzlage die Handlungsfähigkeit der betroffenen Städte. Das steigende Niveau der Kassenkredite mache diese Entwicklung deutlich. Die Kassenkredite erhöhten sich im Jahr 2007 um 0,8 Milliarden Euro auf 28,4 Milliarden. Sie machen inzwischen 26,4 Prozent aller kommunalen Schulden aus. Das zeige, dass von zunehmenden Steueraufkommen und Einnahmen gerade finanzschwächere Kommunen kaum oder gar nicht profitieren. „Besonders bei Städten in strukturschwachen Regionen fallen geringe Einnahmen mit hohen sozialen Ausgaben zusammen. Laufende Ausgaben müssen oft, ähnlich wie beim Überziehungskredit für Privatpersonen, über Kassenkredite bezahlt werden. Diese Summe wächst jedes Jahr weiter an. Die Länder stehen in der Pflicht, gerade bei diesen Kommunen finanzielle Handlungsfähigkeit wieder herzustellen und damit Zukunftschancen zu eröffnen.“

www.staedtetag.de
(Zusammenstellung: ulj)

**Europäischer Tarifbericht: Keine Anzeichen für Lohn-Preisspirale
Lohnentwicklung in Europa: Weitere Verschiebung von Arbeits- zu Kapitaleinkommen**

20.9.08. 12 von 27 EU-Ländern haben 2007 den lohnpolitischen Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft. Die nominalen Bruttolöhne in diesen Ländern stiegen weniger stark als die Summe aus Preis- und Produktivitätszuwachs. Damit verschob sich in einem Jahr mit starkem Wirtschaftswachstum und positiver Arbeitsmarktentwicklung in knapp der Hälfte EU-Staaten das Verhältnis von Kapital- und Arbeits-einkommen erneut zu Gunsten der Kapitaleinkommen. Zwar wuchs die Zahl der Länder, in denen der Verteilungsspielraum ausgeschöpft wurde, im Vergleich zu 2006 von 9 auf 15. Im EU-Durchschnitt fiel die Verteilungsbilanz 2007 aber zum vierten Mal in Folge negativ aus: Die nominalen Bruttolöhne blieben um 0,8 Prozentpunkte hinter dem Preis- und Produktivitätsanstieg zurück. Ein wesentlicher Grund für den niedrigen europäischen Durchschnitt war die – wie in den Vorjahren – stark negative Verteilungsbilanz in Deutschland: Hier betrug die Differenz 2,1 Prozentpunkte. Zu diesen Ergebnissen kommt der neue Europäische Tarifbericht des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Die Untersuchung erscheint in der aktuellen Ausgabe der WSI-Mitteilungen.

Indiesem Jahr wird der Verteilungsspielraum in Deutschland wie im EU-Durchschnitt durch höhere Lohnabschlüsse stärker ausgeschöpft, die Nominallohnsteigerungen bleiben aber weiterhin klar unter dem Preis- und Produktivitätszuwachs. So rechnet die Europäische Kommission in ihrer Frühjahrsprognose, die WSI-Tarifexperte Dr. Thorsten Schulten für den europäischen Vergleich herangezogen hat, für 2008 in Deutschland mit einem Wachstum der Nominallohne um 2,1 Prozent. Den neutralen Verteilungsspielraum veranschlagen die Brüsseler Experten hingegen bei 3,7 Prozent. Auch wenn die Nominallohne in diesem Jahr noch etwas stärker zunehmen sollten, werde Deutschland auch 2008 seine problematische „lohnpolitische Sonderstellung in Europa nicht verlieren und sich wiederum am Ende der europäischen Lohnskala bewegen“, schreibt WSI-Forscher Schulten.

Thorsten Schulten: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2007/2008 (pdf), in: WSI Mitteilungen 9/2008. http://www.boeckler.de/320_93070.html

Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall

Statement zum Forderungsbeschuß für die Tarifrunde 2008 der Metall- und Elektroindustrie

... Vor rund zwei Wochen hat der Vorstand den Rahmen der Diskussion auf 7 bis 8 Prozent eingegrenzt. In den vergangenen Tagen haben die regionalen Tarifkommissionen getagt und die Forderungshöhe diskutiert.

Der Vorstand der IG Metall hat heute seine Forderung festgelegt. Die IG Metall fordert für die Tarifrunde 2008 eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 8 Prozent für eine Laufzeit von 12 Monaten.

8 Prozent sind Ausdruck ökonomischer Faktoren – aber Tarifpolitik ist keine mathematische Übung. Tarifpolitik nimmt auch die Erwartungen der Menschen in den Unternehmen auf. Diese Forderung ist ökonomisch und sozial geboten. Keine Frage, auch uns ist nicht verborgen geblieben, dass sich die Konjunktur abschwächt, dass nicht mehr mit der Dynamik zu rechnen ist, mit der wir in den vergangenen Jahren gefahren sind. Uns war schon länger klar, dass die Wirtschaft Rekordsteigerungsraten wie in den vergangenen Jahren nicht auf ewig wird fortschreiben können. Das glaubten nur ökonomische Träumer. Doch daraus den Schluß zu ziehen, dass die deutsche Metall- und Elektroindustrie, die stärkste Exportlokomotive der Weltwirtschaft, ihre Beschäftigten nicht mehr anständig für ihre Arbeit entlohnen könnte, das glauben ebenfalls nur Träumer oder Ideologen des Arbeitgeberlagers.

Die Realität ist: Wir produzieren auf sehr hohem Niveau und das wird auch in absehbarer Zukunft so bleiben – auch wenn wir nicht mehr so schnell wachsen werden. Mit unserer Forderung wollen wir dazu beitragen, das Wachstum zu stabilisieren, indem wir die Kaufkraft der Menschen stärken.

Die Argumentation, wonach der Kraftprotz „deutsche Metallindustrie“ aufgrund der Lohnforderung der IG Metall in wenigen Monaten zu einem schwindsüchtigen Zwerg wird, halte ich für aufgeblasene Polemik.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe in den vergangenen Wochen die aufgeregten Stimmen aus dem Arbeitgeberlager sehr wohl gehört.

Da wurde davon gesprochen, dass unsere Forderung „unberechtigt und gewaltig überzogen“ (Hundt) sei, es wurde davon gesprochen, dass unsere Forderung „Unvernunft sei“ und in ein „Desaster für Betriebe und Belegschaften enden“ könnte (Kannegiesser), es wurde davon gesprochen, dass „erhöhte Abschlüsse mit Arbeitsplätzen bezahlt“ (Faßbender) würden.

Ich kann dazu nur feststellen: In der Metallindustrie sind die Gewinne ex-

plodiert, Deutschland ist seit vielen Jahren Exportweltmeister, die Umsatzrenditen sind die höchsten seit den 60er Jahren, und noch nie wurde gemessen am Umsatz so wenig für Löhne und Gehälter gezahlt. Jetzt sind wir dran.

Ja, 8 Prozent gehen zu Lasten der Gewinne. Daraus machen wir gar keinen Hohl. Es geht uns um mehr Gerechtigkeit!

Wann, wenn nicht jetzt, ist die Zeit gekommen, daß die Menschen für ihre großartige Arbeitsleistung die Anerkennung erfahren, die ihnen zusteht! Wann, wenn nicht jetzt, können sie erwarten, dass ihre Arbeit mit Respekt honoriert wird.

Aber wie immer: Geringste Anzeichen einer konjunkturellen Delle werden von den Arbeitgebern genutzt, um die alten überkommenen Muster der Bedrohungsrhetorik gegenüber den Arbeitnehmern anzubringen. Statt Achtung und Anerkennung zu bezeugen, säen sie Furcht und Angst um die Arbeitsplätze. Diese Tatsache hat mich in den vergangenen Tagen nicht nur nachdenklich gemacht. Sie hat mich verärgert – sie verärgert viele Menschen.

Gesamtmittelpräsident Martin Kannegiesser hat kürzlich bezogen auf unsere Forderung nach mehr Gerechtigkeit davon gesprochen, dass wir uns „aufgrund von irgendwelchen Gefühlen von den Fakten entfernen“.

Ich antworte darauf mit Bedacht: Die Metallerinnen und Metaller lassen sich nicht von ihren Gefühlen leiten, sondern von den wirtschaftlichen Fakten in den Betrieben und den Familienhaushalten. Die Realeinkommen der Arbeitnehmerhaushalte sind seit 2003 gesunken. Ich sage aber auch: Wer ihr Gerechtigkeits-Gefühl verletzt, der darf sich nicht wundern, wenn diese Tarifrunde auch emotional geführt wird. Gerechtigkeit ist keine Sozialromantik. Sie ist für den Zusammenhalt der Gesellschaft und der wirtschaftlichen Systeme von höchster Bedeutung. Ihre Abwesenheit ist schmerzlich erfahrene Realität. Ich kann die Arbeitgeber nur auffordern, sich an der Änderung dieser Realität zu beteiligen und den Menschen die Achtung und den Respekt zukommen zu lassen, der ihnen gebührt.

Diese Tarifrunde ist eine Tarifrunde für mehr Wachstum.

Diese Tarifrunde ist eine Tarifrunde für mehr Gerechtigkeit. Deshalb: 8 Prozent!

Anläßlich der Pressekonferenz in Frankfurt, 23. September 2008

EGB-Treffen mit französischer EU-Präsidentschaft: Migrationspolitik braucht umfassende und vorausschauende Maßnahmen

Am 1. September 2008 traf sich eine Delegation des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) mit Vertretern der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Dabei legten die Vertreterinnen und Vertreter des EGB ein Memorandum vor, in dem die Haltung des EGB zu den Vorhaben der EU umrissen wird und Forderungen für ein soziales Europa formuliert werden.

Ein Abschnitt des Memorandums befasst sich mit der Ankündigung der Präsidentschaft, verschiedene Initiativen zum Bereich legale und illegale Zuwanderung zu ergreifen. Beim so genannten Pakt für Zuwanderung und Asyl kritisiert der EGB die scharfe Trennung zwischen ‚gewollten‘ Zuwanderern, und ‚nicht gewollten‘ Zuwanderern, die wir nicht wollen. „Strikte Grenzkontrollen, erzwungene Abschiebung und Sanktionen gegen Arbeitgeber, die illegale Zuwanderer beschäftigen, sollen Europa vor dem Zuzug jener Menschen schützen, die wir nicht wollen, während befristete zirkuläre Migration und Integrationsverträge, die den Zuwanderern keine Rechte geben, ihnen aber hauptsächlich Verpflichtungen aufbürden, sicherstellen, dass Europa die qualifizierten Zuwanderer bekommt, das es braucht, ohne größere Investitionen zu tätigen oder soziale Kosten auf sich zu laden.“ Der EGB plädiert statt dessen für eine umfassende Politik der EU in Bezug auf Migration, Integration und Entwicklung. Das bedeutet unter anderem, dass legale Kanäle für Zuwanderung für Menschen aller Qua-

likationsstufen angeboten werden, während gleichzeitig Mindestarbeitsbedingungen festgelegt und durchgesetzt werden und den Zuwanderern eine Gleichbehandlung gegenüber den einheimischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern garantiert wird. Der EGB ist sich sehr wohl im Klaren, dass der Kommission Beschränkungen auferlegt sind, da die Mitgliedstaaten Kompetenzen zur Steuerung von Migration nur sehr zögerlich aus der Hand geben. Das dürfe aber nicht zu einer Stückwerkpolitik führen, bei der nur Fragmente aufgegriffen werden. Das würde gleichermaßen die Bürokratie wie den gegenwärtigen Mangel an Transparenz nur verschlimmern. Nötig seien umfassende und vorausschauende Maßnahmen. Auf der anderen Seite begrüßt der EGB die Initiative für eine Rahmenrichtlinie über die Rechte von Arbeitsmigranten. Diese sei „ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“. Generell unterstreicht der EGB seine Position, dass Zuwanderung nicht als einfacher Weg zur Lösung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt oder zum Ausgleich beim demografischen Wandel benutzt werden.

Die Sozialpartner müssen bei der Einschätzung der Bedürfnisse auf dem Arbeitsmarkt einbezogen werden und es muss in die Weiterbildung von Arbeitslosen investiert werden, auch gerade bei jenen mit Migrationshintergrund oder Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit. *E.B.*

Quelle: Publikation *Forum Migration* Oktober 2008



Nestlé verweigert (erneut) Lohnverhandlungen und attackiert grundlegende Rechte – dieses Mal in Indonesien. Die der IUF angeschlossene Nestlé Indonesia Panjang Workers Union (SBNI-P) kämpft seit Ende 2007 für Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag. Statt aber zu verhandeln, hat die Nestlé-Betriebsleitung versucht, die Gewerkschaftsführung einzuschüchtern und die Legitimität der Gewerkschaft in Frage zu stellen. – Auf brutale Weise schließt Nestlé eine Fabrik in der Dominikanischen Republik. Arbeitnehmer, die am 19. Juni ihre Frühschicht in der Nestlé-Speiseisfabrik in Santo Domingo antreten wollten, mussten feststellen, dass ihre Fabrik von Sicherheitskräften, Polizeibeamten – sowie Krankenwagen und Sanitätern umstellt war. Sie wurden auf den Parkplatz geführt, wo man ihnen erklärte, die Fabrik werde mit sofortiger Wirkung geschlossen. Dann erhielten sie ihre Abfindungsschecks. *E.B.* Quelle: iuf@iuf.org

Deutsche Wirtschaft betrachtet nervös süd-afrikanischen Regierungswechsel. *FAZ, Mo.*

Wirtschafts-
presse

22.9.08. Nachdem Präsident Mbeki, der als wirtschaftsfreundlich galt, in Südafrika zurückgetreten ist, reagiert die Wirtschaft verunsichert. Für deutsche Unternehmen ist vor allem das Subventionsprogramm der Regierung für die Autoindustrie von Bedeutung. Aus Sicht des früheren Chefs von Siemens Südafrika, K. Döring, habe die bisherige Regierung nicht viel dazu beigetragen, Unternehmen zufrieden zu stellen.

Wirtschaft fordert kleinere Schulklassen. *FAZ, Die. 2.10.08.* BDI und BDA haben Bund und Länder aufgefordert, sinkende Ausgaben für Bildung durch abnehmende Schülerzahlen dazu zu verwenden, bei gleich bleibender Lehrerzahl die Klassen zu verkleinern. „Schon 2012 entsteht durch kleinere Schülerzahlen ein finanzieller Spielraum von 8 Milliarden Euro. Das Geld darf nicht aus der Bildung in den allgemeinen Haushalt wandern“, sagte der Vizepräsident des BDA G. F. Braun. Der BDA hat wegen des anstehenden Bildungsgipfels erstmals zusammen mit dem (BDI) gemeinsame Leitlinien festgelegt, wie Deutschland zur „Bildungsrepublik“ werden könnte. Diese reichen vom beitragsfreien obligatorischen Vorschuljahr, einer Hochschulausbildung für Kindergarten-Leitungen bis hin zu Ganztagschulen, dem Ziel der Halbierung der Schulabbrecher auf 4 Prozent und der besonderen Förderung in den Hochschulen für mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer, um den für die Industrie gefährlichen Mangel an Ingenieuren zu beheben.

Verlängerung der Mutterschutz-Fristen stoßen auf Vorbehalte bei Arbeitgebern. Die Europäische Kommission strebt die Erhöhung der Mutterschutzfristen von derzeit 14 auf 18 Monate an. Der Plan stehe im Widerspruch zu den Bestrebungen, Mütter nach der Geburt ihres Kindes rasch wieder ins Berufsleben zu integrieren, hieß es beim europäischen Arbeitgeber-Dachverband Business Europe. Bedenken haben die Arbeitgeber auch gegen die bekannt gewordene Absicht der Kommission, während des Mutterschutzes zumindest Zahlungen in Höhe des Krankengeldes sowie einen erweiterten Kündigungsschutz zu garantieren.

Zusammenstellung: rst

Menschenrechte und Strafvollzug

Ein Bericht von der Tagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie zum Thema „Haftbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland“

Nur manchmal richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Situation von Menschen in Haft. Zum Beispiel, als Anfang August Klaus G. in einer Zelle des Hamburger Gefängnisnischenhauses tot aufgefunden wurde. Klaus G. war bereits krebskrank, als er im Januar seine 22-monatige Haft angetreten hatte. Doch auch als sich sein Gesundheitszustand rapide verschlechterte und der Tod unmittelbar bevorstand, verweigerte die Staatsanwaltschaft – die Rechtsprechung ignorierend – seine Entlassung. Anlässlich dieses einsamen Todes wurde die Frage der Menschenwürde von Gefangenen einige wenige Tage öffentlich diskutiert.

In der Regel ist das öffentliche Interesse am Strafvollzug jedoch gering. Das ist umso bedenklicher, als sich in der Kriminalpolitik, im Strafrecht und im Strafvollzug seit vielen Jahren eine verheerende Entwicklung durchsetzt. Diese Bilanz zog eine Tagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie, die am 19. bis 21. September in

Bonn zum Thema „Haftbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland“ stattfand. Am Einführungsabend und den am Samstag nacheinander stattfindenden drei Foren und anschließenden parallelen Arbeitsgruppen nahmen über 60 Menschen teil. Als Mitglied des Rechtsausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft mit dem Strafvollzug befasst – fast lässt sich sagen: von den Problemen des Strafvollzugs überwältigt –, erhoffte ich mir von der Tagung eine Vergewisserung der kritischen Diskussion und Anstöße für die weitere Arbeit.

Strafpolitik

Rund 75.000 Menschen sind mit Stichtag 31.3.08 in Deutschland inhaftiert (2000: 70.300), darunter 12.000 in Untersuchungshaft. Nicht mitgezählt sind dabei Abschiebeanstalten. Erstmals seit Jahren scheint der lang anhaltende Anstieg der Gefangenenzahlen gebrochen. Doch der Anschein kann auch täuschen. Zum Beispiel werden viele Straftäter ohne deutschen Pass

abgeschoben. Auch und vor allem fehlen bei der Zahl von 75.000 Inhaftierten die Menschen im Maßregelvollzug (Forensik, Sicherungsverwahrung) – hier hat sich die Zahl seit 1998 verdoppelt und die 10.000 überschritten.

Als Ursache für die steigenden Gefangenenzahlen nannte Helmut Pol-lähne von der Universität Bremen die anhaltende Tendenz zu mehr Freiheitsstrafen ohne Bewährung, zu längeren Freiheitsstrafen und zur Endstrafe – nur bei ca. 20 bis 25% der Gefangenen wird heute die Reststrafe auf Bewährung ausgesetzt. Hinzu kommt, dass zur Bewältigung von Konflikten immer mehr das Mittel des Strafrechts eingesetzt wird, d.h. immer mehr Straftatbestände geschaffen werden, Beispiel Stalking. Hatte vor gut 100 Jahren der preußische Strafrechtler Franz von Liszt postuliert, dass die beste Kriminalpolitik eine gute Sozialpolitik ist, so ist Kriminalpolitik heute vor allem eines: Strafpolitik. Folge ist unter anderem, dass immer jüngere Menschen die Gefängnisse bevölkern und zugleich, aufgrund der längeren Strafen, immer ältere Gefangene.

Menschenwürde als Maßstab!

Die Föderalismusreform hat den Strafvollzug in die Verantwortung der Länder übertragen. Dagegen hatten sich praktisch alle Organisationen der Strafrechtspraktiker vom Deutschen Richterbund über die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe (DVJJ) bis zur Bundesvereinigung der Anstaltsleiter im Strafvollzug ausgesprochen. Die Kritik hatte vor allem vor der Auflösung der Rechtseinheit und der Forcierung eines „Schäbigkeitswettbewerbs“ im Strafvollzug gewarnt und davor, dass in den Strafvollzugsgesetzen der Länder „Sicherheit“ statt „Resozialisierung“ als Vollzugsziel festgeschrieben wird (was tatsächlich überwiegend auch eingetreten ist), so als könnten Verwahrsvollzug und möglichst langes Wegsperren „Sicherheit“ schaffen.

Doch interessanterweise setzte sich Joachim Feest, Leiter des Strafvollzugsarchivs an der Universität Bremen, kritisch mit der Kritik auseinander, die empirisch schwach begründet und als Propaganda nicht erfolgreich gewesen sei. Auch Resozialisierung durch zwangsweise Behandlung sei kein erfolgversprechender Weg, Sicherheit durch Strafvollzug eine Chimäre. Die Unterschiede der bisher in den Ländern verabschiedeten Strafvollzugsgesetze sind oft mehr symbolisch. Das Problem liegt vielmehr darin, dass die Gesetze wie auch bisher schon erhebliche Ermessensspielräume beinhalten. Angesichts dessen plädierte Feest dafür, den Kampf für inhaltliche Forderungen zu führen, Forderungen, die sich am Maßstab der Menschenwürde



Alle Bilder zeigen die Justizvollzugsanstalt Billwerder (Hamburg) – vom früheren rot-grünen-Senat einst für den offenen Vollzug vorgesehen. Nach dem Antritt von CDU-geführten Regierungen wurde Billwerder unter dem berüchtigten Justizsenator Kusch zu einem Hochsicherheitsgefängnis umgebaut.

Bild oben: Beruhigungszelle. Ein schallisolierter Raum, in dem alles aus Edelstahl und fest montiert ist. In dieser Zelle werden „renitente“, meist psychisch kranke Gefangene „ruhig gestellt“. Am Bettrahmen befinden sich Gurte und Handschellen, die zur Fixierung verwendet werden. Dazu werden die Gefangenen videoüberwacht, meist zwei bis drei Tage lang, in einem Fall 13 Tage lang ununterbrochen!

Bild unten: Ausschnitt der insgesamt über 2 km langen, hohen Sicherheitsmauer.



und nicht an Behandlungssillusionen orientieren, und am Recht auf Inklusion: Es geht um materielle Mindeststandards – für Zellengrößen, Fenster, die Relation Gefangene – Bedienstete usw. Und es geht um geeignete unabhängige Kontrollmechanismen – hier ist vor allem der Bund gefordert, die Einhaltung der internationalen Verträge zu gewährleisten, so die UN- und die EU-Antifolterkonvention und ihre Überwachungsmechanismen.

Allmacht – Ohnmacht

Wie wichtig unabhängige Beschwerde- und Kontrollmechanismen über die international eingerichteten Ausschüsse und Inspektionen hinaus sind, machen zwei Problemkomplexe deutlich.

Das Machtgefälle im Gefängnis ist so gewaltig wie nirgendwo sonst in der Gesellschaft, auch nicht im Militär. Fast absolute Ohnmacht sieht sich mit fast absoluter Allmacht konfrontiert. Anstalten können Tatsachen schaffen oder ändern, nahezu nach Belieben. Ein Beispiel: Die JVA Tegel, größte Vollzugsanstalt in der EU, „löste“ das Problem der Überbelegung dadurch, dass sie Ein-Mann-Zellen zu Zwei-Mann-Zellen umwidmete und entsprechend belegte.

Das zweite riesige Problem in diesem Zusammenhang ist der mangelnde Rechtsschutz für die Gefangenen in dieser totalen Institution Gefängnis. Ihr Zugang zu gerichtlichem Rechtsschutz ist schon dadurch extrem erschwert, dass die Verhandlungen nicht mündlich stattfinden, Gefangene also Schriftsätze abliefern müssen – für alle, die sich keinen Rechtsanwalt leisten können, und erst recht für alle, die in anderen Sprachen zu Hause sind oder nicht schreiben können, eine unüberwindbare Hürde. Zudem ist die Erfolgsquote von Gefangenen, die den Schritt zum Gericht trotzdem wagen, mit 2 bis 5% extrem gering. Die JVA kann eine Klage leicht durch z.B. geringfügige Änderungen oder durch eine Verlegung des klagenden Gefangenen unterlaufen. Hat der Gefangene dann doch einmal Erfolg vor Gericht, muss er oft erfahren, dass die JVA eine Gerichtsentscheidung, die ihren Ermessensspielraum einengt, einfach nicht umsetzt. Wolfgang Lesting, Richter am OLG Oldenburg, sprach von „renitenten Vollzugsbehörden“, und er wies darauf hin, dass die eklatante Missachtung der Rechtsprechung durch die Vollzugsbehörden nach seiner Erfahrung durch die Justizbehörden gedeckt wird.

Als Anmerkung ein Beispiel: Vor einem Jahr legten Hamburger Richter dem damaligen CDU-Justizsenator und der Öffentlichkeit – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – neun Fälle aus ca. vier Jahren vor, in denen die Haftanstalten Urteile ignoriert hatten. Die Richter

verwiesen in einer Vorbemerkung auf die Verantwortlichkeit der Justizbehörde, da es eine Verfügung geben soll, nach der ihr zu berichten sei, wenn eine JVA in einer Strafvollstreckungssache unterliegt. Zuvor hatte der Justizsenator in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage lediglich einen Fall zugegeben! Unwissenheit? Ignoranz? Arroganz? Vertuschung?

Zwangsmaßnahmen gegen renitente Vollzugsbehörden können bisher nicht ergriffen werden. Hier müssen Instrumente zur Durchsetzung von Gerichtsentscheiden gefunden werden, z.B. Zwangsvollstreckung, Zwangsgeld, darin waren sich alle einig. Darüber hinaus fordern die DVJJ und viele andere die Einrichtung unabhängiger Strafvollzugsbeauftragter mit starken Rechten, damit die Gefangenen den Institutionen, die sie einsperren, nicht total ausgeliefert sind.

Haftbedingungen verhindern Wiedereingliederung

Fast umfassend wird der straffällig gewordene und gefangene Mensch aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen entfernt, mit gravierenden Folgen auch für seine Familie, sofern er eine hat. Elke Bahl von der Bremischen Straffälligenbetreuung zählte als Hauptmechanismen der Exklusion auf:

Die Haftanstalten sind zentral und damit in der Regel – Stadtstaaten ausgenommen – weit von den Wohnorten der Inhaftierten entfernt. Das macht Besuche von Angehörigen und Freunden mühsam und wirft für Freigang und Urlaub von Gefangenen kaum zu bewältigende Probleme auf.

Strafgefangene sind nicht krankenversichert, damit fällt für die Zeit der Inhaftierung auch die Familienmitversicherung fort. Gefangene haben keine freie Arztwahl. Fehlendes Spritzbesteck, eingeschränkte Möglichkeiten der Kondombenutzung, vielfältige Ansteckungsgefahren führen dazu, dass HIV, Hepatitis und Tuberkulose in den Gefängnisse um sich greifen. Die vielfältigen Einschränkungen der gesundheitlichen Versorgung haben Langzeitfolgen für Gesundheit und Arbeitsfähigkeit.

Beiträge zur Rentenversicherung werden nicht gezahlt, damit verringern sich die Anspruchszeiten.

Die Entlohnung für Gefangenenarbeit liegt heute bei 9% der Bezugsgröße (durchschnittliches Arbeitsentgelt des vorangegangenen Kalenderjahres), das bedeutet konkret einen Stundenlohn von ca. 1,50 Euro. Damit häufen Ge-



Hof

fangene oft einen großen Schuldenberg auf, der sich als wesentliches Wiedereingliederungshindernis erweist. Auch kann die Zeit im Gefängnis nicht für private Insolvenzverfahren genutzt werden.

Das Überbrückungsgeld, das der Gefangene nach Haftende ausgezahlt bekommt, ist nicht nur niedrig, es bedeutet auch eine Schlechterstellung gegenüber ALG-II-Empfängern, die wenigstens ein kleines „Vermögen“ besitzen dürfen. Demgegenüber muss der Gefangene vom Überbrückungsgeld seinen Lebensunterhalt bestreiten.

Da Gefangene komplett vom ALG ausgeschlossen werden, ist Gefangenschaft oft gleichbedeutend mit dem Verlust der Wohnung. Auch bei Gefangenen, die lediglich eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen, werden die Wohnungskosten entgegen der herrschenden Rechtsauffassung in der Praxis oft nicht gezahlt. Hier eine kleine Anmerkung: Seit Jahren werden in Hamburg auch Kurzstraffer und Selbststeller zur Wohnungssuche nur gefesselt ausgeführt!

Die Gefangenen sind zwar zur Arbeit verpflichtet, viele Gefangene können aber aufgrund des Mangels an Arbeits- bzw. Ausbildungsplätzen nicht arbeiten; in Rheinbach z.B. beträgt die Unbeschäftigtenquote 75%. Wer nicht arbeitet, erhält nach der Entlassung kein ALG I.

Weggesperrt

Für das Forum „Konkrete Haftbedingungen“ war Sven Born, Redakteur der Hamburger Gefangenenzeitung „Blickpunkt“ eingeladen. Einen Tag vor der geplanten Anreise erhielt er den Bescheid der JVA, dass der Freigang nicht genehmigt wird. Die sinngemäß wiedergegebene Begründung: Veranstaltungen wie diese entfalten regelmäßig ein „besonderes Gemeinschaftsgefühl“, das dazu verleite, Dinge zu tun, die man sonst womöglich nicht täte. – Sven Born kritisierte in seinem schriftlichen Beitrag, wie sich der Strafvollzug „mehr und mehr von der Gesellschaft abgrenzte und „käse-

glockengleich' durch Verstärkung der Sicherungsanlagen und dem rapiden Rückgang von Haftplätzen im offenen Vollzug sowie von Vollzugslockerungen abschottete. (...) Die inneren Bewegungsfreiheiten und die Kontaktmöglichkeiten der Gefangenen untereinander wurde gebrochen, die Freistunde auf das gesetzliche Minimum reduziert. An die Stelle der bis 2001 (dem Wechsel zur CDU/Schill-Koalition – CS) in Hamburg auch im geschlossenen Vollzug praktizierten inneren Öffnung trat nunmehr Verschluss, Binnendifferenzierung drei verschiedene Eingruppierungen (Stufenvollzug), Reduzierung der beruflichen Schul- und Weiterbildungsmaßnahmen.“

Eindrucksvoll lenkte Klaus Jünsche, ehemals RAF-Mitglied, lange inhaftiert und heute Mitglied des Beirats der JVA Köln-Ossendorf, den Blick darauf, was das Wort vom „Raum als drittem Lehrer“ in Bezug auf die Zelle heißt. Was lehrt die Zelle: das verschlossene Schloss, die Tür ohne Klinke, das Glasauge, das Gitter vor dem oft noch feinvergitterten Fenster, das in vielen Zellen zudem nur erreichbar ist, wenn man den Stuhl auf den Tisch stellt und draufklettert, die 4 Meter hin und zurück? Der Gefangene erfährt seine Ohnmacht! Die Einzelzelle, in der man



Arrestzelle

sich nicht bewegen kann, aus der man nicht rauskommt, wenn man in Panik gerät, mit allen Problemen und Ängsten allein gelassen wird, ist, so Jünsche, ein einziger Übergriff.

In der JVA Tegel gibt es Zellen, die nur 5,3 qm groß sind! Ein Berliner Rechtsanwalt zitierte ein Gerichtsurteil, demzufolge die Menschenwürde durch eine so unsäglich winzige Zelle nur dann verletzt sei, wenn der Gefangene gezwungen ist, sich dort 23 Stunden am Tag aufzuhalten. Die Gefängnisinsorgerin aus der JVA Rheinbach berichtete dagegen von der extremen Belastung für die Gefangenen, die oft zu zweit in einer Zwangsgemeinschaft in einer 7,5 qm großen Zellen leben, und das mangels Arbeit 23 Stunden am Tag.

Die vielen anderen noch nicht genannten, aber ebenso gravierenden Probleme des Strafvollzugs können hier nicht angesprochen werden, ohne dass der Rahmen gesprengt würde: die Überbelegung v.a. infolge einer verfehlten Drogenpolitik, die Einschränkung jeglicher Art von Kontakten, die Verschärfungen auf dem Feld der

Vollzugslockerungen, die überzogene Sicherheitspolitik, der Personalmangel ...

Eine grauenvolle Ansammlung von Perspektivlosigkeit

So bezeichnete die Hannoveraner Rechtsanwältin Barbara Klawitter die Situation der derzeit rund 2000 zu lebenslanger Haft verurteilten Gefangenen. Sie erfahren die Verschärfungen der letzten Jahre besonders hart: z.B. das Verbot, Pakete zu empfangen, wo man früher noch drei Pakete bekommen konnte, die Streichung des Obst- und des Süßigkeitengeldes, die Kürzung der monatlichen Besuchszeiten und massive Reduzierung der Kontakte nach draußen. Zwar gibt es unüberwachte Langzeitbesuche – aber nicht für Lebenslängliche.

Lebenslängliche haben nur bei günstigen Gefährlichkeitsprognosen Chancen rauszukommen. Niedersachsen hat jetzt ein zentrales „Prognosezentrum für die gefährlichsten Straftäter“ in Hannover eingerichtet mit dem erklärten Ziel, das Risiko auf Null zu reduzieren. Was das heißt, vermag man sich leicht vorzustellen: Die Aussichten, jemals wieder die Freiheit zu erreichen, sinken weiter.

Frau Klawitter las den erschütternden Brief eines seit über 20 Jahren Inhaftierten vor, der infolge zweier Fluchtversuche seit langen Jahren totalisoliert ist. Nachdem vor einiger Zeit aufgrund des Personalmangels die wöchentliche Stunde Tischtennis oder Tischfußball mit einem JVA-Bediensteten gestrichen wurde, hat er nun 24 Stunden am Tag keinen Kontakt zu anderen Menschen. Seit zehn Jahren sind die Besuche seiner Frau akustisch und visuell überwacht.

Menschenrechte und Freiheitsstrafe schließen sich aus, so das Resümee des Komitee-Gründungsmitglieds Wolf-Dieter Narr am Ende der Tagung.

Aber die lange Diskussion über Alternativen kommt kaum voran. Die zahlreichen kritischen und informativen Beiträge der Tagung haben für mich starke Argumente dafür geliefert, solche Forderungen und Reformvorschläge in den Mittelpunkt zu stellen, die die Entmündigung des Gefangenen bekämpfen und ihn als Subjekt, also auch als im bürgerlichen Sinne verträgliches Subjekt stärken.

Christiane Schneider

Wiedergelesen:

Joseph Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung

Den Autor braucht man kaum vorzustellen, Joseph Stiglitz, 1943 in den USA geboren, Professor für Wirtschaftswissenschaften an verschiedenen Universitäten, Verfasser eines Standardlehrbuchs der Volkswirtschaftslehre, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften für seine Untersuchungen über Gründe für Marktversagen bei unzureichender oder asymmetrischer Information der Marktteilnehmer, von 1993 bis 1997 wirtschaftlicher Berater der Clinton-Regierung, danach bis 2000 Chefvolkswirt der Weltbank – also jemand der die Ökonomie nicht nur als Theoretiker kennt, sondern auch die Probleme, die die Umsetzung theoretischer Konzepte in politisches Handeln mit sich bringt. Weltanschaulich gehört Stiglitz zu den US-amerikanischen Liberalen (die mit der FDP nichts zu tun haben). Er hält viel von einer Wirtschaftspolitik, die neben der Effizienz auch die Folgen für die Ärmsten der Gesellschaft ins Auge fasst und steht damit den Vorstellungen von Gerechtigkeit und Fairness des Philosophen John Rawls nahe, den wir in dieser Zeitschrift schon öfters vorgestellt haben.

Im Jahr 2002 veröffentlichte er das Buch mit dem Titel „Schatten der Globalisierung“, in dem er vor allem seine Erfahrungen aus der Zeit bei der Weltbank beschreibt und die Konflikte, die es mit den Internationalen Währungsfonds (IWF) gab angesichts der sogenannten Ostasien-Krise und der Transformation Russlands weg von einer sozialistischen Planwirtschaft. Ein weiteres Kapitel ist die unfaire Handelsgesetzgebung der westlichen Industrieländer gegenüber den armen

Joseph Stiglitz, Die Schatten der Globalisierung, Goldmann Taschenbuch, 9,95 Euro; Siedler Verlag gebunden, 19,90 Euro.

und ärmsten Entwicklungsländern, womit die dritte internationale Organisation, die WTO, abgehandelt ist.

Die Ereignisse, über die Stiglitz handelt, liegen also schon etwas zurück, manches hat sich auch bei diesen Organisationen geändert, aber es ist doch interessant dieses Buch (noch einmal) zu lesen, vor allem jenen Teil der von der Ostasien-Krise handelt.

Ausgangspunkt dieser Krise, die eine ganze Reihe ostasiatischer Staaten in eine tiefe Wirtschaftskrise stürzten, war Thailand. Eine Spekulation auf die Abwertung der thailändischen Währung führte zu einer tatsächlichen Abwertung, die Währungsre-

serven Thailands reichten nicht aus, um die Spekulation zu stoppen. Zur Veranschaulichung schreibt Stiglitz: „Nehmen wir an, der Spekulant Fred geht zu einer thailändischen Bank und nimmt einen Kredit über 24 Milliarden Baht auf, die er, beim ursprünglichen Wechselkurs in eine Milliarde Dollar umtauschen kann. Eine Woche später fällt der Wechselkurs; statt 24 Baht ist ein Dollar jetzt 40 Baht wert. Er nimmt 600 Millionen Dollar, tauscht sie in Baht zurück, anschließend zahlt er mit den 24 Milliarden Baht, die er dafür erhält, den Kredit zurück. Die verbleibenden 400 Millionen Dollar sind sein Gewinn – ein stattlicher Betrag für eine Woche Arbeit und nur einem marginalen Einsatz eigener Mittel.“ Die Reaktion des IWF habe diese Krise dann noch verschärft: Er stellte gigantische Summen zur Stützung der Wechselkurse bereit, die aber nur dazu führten, dass die thailändischen Firmen, die bei westlichen Banken Kredite aufgenommen, genug Dollars hatten, damit sie ihre Kredite zurückzahlen konnten. Es war somit eine Art Forderungsausfallsdeckung für die Banken, die die Konsequenzen aus der Vergabe riskanter Kredite nicht tragen mussten. Außerdem führte die Stützung eines langfristig nicht haltbaren Währungskurses dazu, dass sich Vermögende in diesen Ländern zu günstigem Wechselkurs Dollars eintauschten und schnell ins Ausland schafften.

Der Hintergrund der Krise war nach Meinung Stiglitz' die Politik des IWF. Auf Druck des IWF hatten zahlreiche ostasiatische Länder ihre Kapital- und Finanzmärkte liberalisiert und ihre Währungen frei konvertierbar gemacht. Die Folge: „Die Liberalisierung des Kapitalmarkts liefert die Entwicklungsländer auf Ge- und Verderb den rationalen und irrationalen Launen der Inverstoren aus, ihrem irrationalen Überschwang und Pessimismus.“ Im Falle Thailands konkret: „Vor der Liberalisierung unterlag die Kreditvergabe der Banken für spekulative Immobiliengeschäfte starken Beschränkungen ... Die Verantwortlichen wussten, dass überall auf der Welt die Vergabe von Krediten für spekulative Immobiliengeschäfte eine Hauptursache für wirtschaftliche Instabilität ist. Derartige Immobilienkredite erzeugen „Seifenblasen“, die immer platzen und dann eine schwere Wirtschaftskrise auslösen.“ Der IWF habe aber behauptet, wenn der Markt sagt: „Baut Bürogebäude!“, dann muss die Errichtung gewerblicher Bauten die höchsten Renditen erbringen. Und Stiglitz fügt ironisch hinzu: „Und auch wenn der Markt sagt, baut leerstehende Bürogebäude, dann muss es der Markt, nach der Logik des IWF, am besten wissen.“ Statt dass Thailand in seine Infrastruktur und sein relativ

schwaches sekundäres Bildungswesen und Hochschulwesen investieren konnte, wurden Milliarden für gewerbliche Immobilien verschleudert. Fazit von Stiglitz: „Diese Gebäude stehen noch immer leer; sie zeugen von den Risiken, die ein irrationaler Überschwang am Markt aufwerfen kann, und von dem weit verbreiteten Marktversagen, das bei unzureichender staatlicher Regulierung der Finanzinstitute auftreten kann.“

Aber der IWF machte noch weitere Fehler, so Stiglitz. Er drängte auf die Schließung finanzschwacher Banken, in dem er eine sofortige Erhöhung der Eigenkapitalquote verlangte. Das führte dazu, dass viele Banken ihre Kredite kündigten. Damit hatten die Firmen nicht ausreichend Kapital. Eigentlich hätten die Währungsabwertungen zu einem Exportboom führen müssen, der fand jedoch nicht in dem möglichen Ausmaß statt, weil die Firmen ihr Betriebskapital nicht erhöhen konnten. Länder wie Südkorea, die den Rat des IWF nicht befolgten, kamen schneller aus der Krise.

Vielen ostasiatischen Ländern gelang es doch vergleichsweise rasch, die Krise zu überwinden, weil die Sparquote in diesen Ländern enorm hoch ist (bis zu 40% des Einkommens, in der BRD ca. 10%, in den USA 0%), so dass sich das Kreditwesen rasch erholen konnte. Dazu war in den Jahren davor in vielen Ländern in das Bildungswesen investiert worden (Schule für alle, auch für Mädchen, einerseits, aber auch Spitzenbildung), so dass es möglich war mit den hergestellten Produkten auf dem Weltmarkt zu konkurrieren (Computer-Chip-Industrie in Südkorea).

Interessant und ebenfalls heute noch lesenswert sind die Kapitel über die Transformation Russland, die nach Meinung von Stiglitz zumindest in den ersten zehn Jahren gescheitert ist: „die Mittelschicht wurde zerstört, ein System von Nepotismus und Mafia-Kapitalismus geschaffen“ und mehr Menschen lebten in Armut als am Ende der Sowjetunion. Demgegenüber lobt Stiglitz den wirtschaftlichen Umbau der Volksrepublik Chinas: obwohl er auch dort starke Mängel bei den demokratischen Freiheiten sieht, stellt er fest, dass es China gelungen sei, den Umbau in Richtung Marktwirtschaft erfolgreicher abzuwickeln. So sei es zum Beispiel entscheidend gewesen, dass China auf die kommunalen Betriebe gesetzt hätte, die laut reiner Marktwirtschaft nicht hätten erfolgreich sein dürfen, weil es öffentliche Betriebe waren. Durch die Entwicklung im Rahmen der Gemeinde hätte sich aber eine verantwortliche, auf die Wertschöpfung für alle gerichtete Unternehmensführung herausgebildet, die die ganz krassen sozialen Auswirkungen einer Industrialisierung abge-

mildert haben.

Das Buch schließt mit einigen allgemeinen Ausführungen. So sehr Stiglitz ein Kritiker des Marktradikalismus des IWF und der Bush-Regierung ist, so wenig können Anhänger von Verstaatlichungsphantasien als Heilmittel für Krisen und Fehlsteuerungen im Wirtschaftsgeschehen Honig aus seinen Auffassungen ziehen. Stiglitz ist misstrauisch gegenüber den Phrasen, dies oder jenes diene dem Gemeinwohl. „Jede gesellschaftliche Gruppe konzentriert sich auf den Ausschnitt der Wirklichkeit, der sie am stärksten betrifft. Arbeitnehmer interessieren sich für Arbeitsplätze und Löhne, Kreditgeber für Zinsen und die Solvenz ihrer Schuldner.“ Zwar gäbe es ein Rahmenmodell des gesamten Systems, um beurteilen zu können, wie sich eine bestimmte Politik wahrscheinlich auf das Gemeinwohl auswirken wird. Stiglitz hält das marktwirtschaftliche Modell für das richtige, sagt „aber es gibt nicht nur ein marktwirtschaftliches Modell“. Je nach Land und Kultur, Geschichte werden die Prioritäten anders gesetzt. So habe sich für viele, aber nicht für alle Amerikaner das amerikanische Modell bewährt; für die meisten Schweden wäre das amerikanische Modell aber inakzeptabel.

Konsens in der Wissenschaft sei, dass es Marktversagen gäbe und dass der Staat viel tun kann und viel tut, um dieses Marktversagen abzumildern. Der Staat solle für ein hochwertiges Bildungswesen und stelle einen Großteil der institutionellen Infrastruktur bereit, einschließlich Rechtssystem, ohne dies würden die Märkte nicht effizient funktionieren. Die Regulierung des Finanzsektors diene dazu, dass die Kapitalmärkte annähernd so funktionieren, wie sie nach den Lehrbüchern funktionieren sollten. Der Staat solle vor allem auch für soziale Gerechtigkeit, weil Marktprozesse sich selbst überlassen, dazu führen, dass Menschen nicht genug zum Überleben bekommen. Selbstverständlich gibt es auch Staatsversagen, der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums wird erwähnt.

Im Einzelnen gibt es dann aber auch unter den Volkswirten erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die richtige Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zum Teil seien unterschiedliche Werte der Hintergrund (auf welchen Teil unseres Gesamteinkommen wir bereit zu verzichten, wenn dies einigen Armen erlaubt, sich aus der Armut zu befreien) oder wie viel bedeutet uns Demokratie (Einschränkung des Koalitionsrechts, weil man glaubt, die Wirtschaft werde dann schneller wachsen). Andere Kontroversen drehen sich um die Wirkung bestimmter Maßnahmen.

Stiglitz spricht sich dafür aus, dass ▶

▸ kein Land einem anderen seine Auffassung über das Verhältnis von Markt und Staat aufdrängen soll; Reformen bei den internationalen Wirtschaftsorganisationen mit mehr Stimmrechten für die Entwicklungsländer wären hilfreich. Die Rolle von Volkswirten als Wirtschaftsberater sollte sein, klar zu sagen, wo weitgehende Einigkeit besteht (z.B. Hyperinflation ist schädlich, ebenso dass Länder über ihre Verhältnisse leben), aber wie weit die Inflationsrate nach unten gebracht werden soll, sei ebenso strittig wie das absolute Verbot der Staatsverschuldung. Bei allen Problemen sollten Alternativen dargestellt werden mit möglichen

Konsequenzen. Die Entscheidung aber, was durchgeführt wird, sollte dann in demokratischen Prozessen zustande kommen.

Fazit: Das Buch lohnt sich, weil es einigermaßen leicht verständlich die Wirkungen von internationalen Finanzaktionen (Globalisierung) erläutert. Der Autor, Anhänger der Marktwirtschaft und Teil des politischen Establishments, warnt vor den Folgen eines Marktradikalismus und plädiert für gesellschaftliche Kontrollen durch den Staat. Es liefert damit jedenfalls Stoff und Argumente für die aktuelle Diskussion rund um die Finanzkrise.

Alfred Küstler

Die Linke im Wahlkampf, Lafontaine im Münchner Gewerkschaftshaus:

Scheinbare Antworten werfen Fragen auf

Dass die Partei die Linke bis heute kein Programm, sondern lediglich programmatische Eckpunkte als Grundlage ihrer Politik hat, ist kein Geheimnis, sondern vielmehr oft gehörter Grund, je nach Blickwinkel, zur Klage oder Anklage. Auch in dieser Zeitschrift wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Erfolge der Partei wahrscheinlich eher auf der erhofften und in Teilen realisierten Wirkung auf andere Parteien beruhen. Die Partei ist entstanden als Reaktion auf eine Politik, in der sich weite Kreise der Bevölkerung, höflich formuliert, nicht mehr repräsentiert sahen, im Klartext ausgegrenzt wurden. Ob dies genügt, auch in einem eher prosperierenden Land wie Bayern zu landen, wird bei Erscheinen der nächsten Ausgabe bekannt sein.* In einer solchen Situation gewinnen auch klassische Wahlkampfveranstaltung, ansonsten eher ans Gemüt der zu Mobilisierenden gerichtet, erhöhtes Interesse. Am 11.9. stellte nun der oft des Populismus gescholtene Oskar Lafontaine seine Sicht der Dinge dar.

Zum Thema: Lafontaines Analyse Die Rolle der LinkeN:

Lafontaine begann seinen Vortrag mit einem Rückblick, warum er die Gründung der Linken für nötig erachtet hatte. Ausgehend davon, dass sich jeder Gedanke mache, wie Politik zu verändern sei, verwies er auf seine Teilnahme an Demos und die Unterstützung von Resolutionen. Er habe selbst geglaubt, große Kundgebungen seien ein Mittel. Man müsse jedoch sehen, dass dies alles nicht wirke. Die Linke hingegen schon. Grund dafür sei, dass „die anderen“ nun Angst um ihre Mandate hätte. Erst jetzt habe man die „Hebel in der Hand“. Diese Wirkung sei stärker als die jeder außerparlamentarischen Aktion, sogar stärker als die der Gewerkschaften. Als Beispiel wies er auf die Verlängerung des Bezuges von Arbeitslosengeld I hin, die es ohne den Einzug der Linken in den Bundestag nicht gegeben hätte. Man müsse daher

„immer stärker werden, damit andere mehr tun“. Man werde solange „keine Ruhe geben, bis Hartz IV weg und eine neue Rentenformel da sei“.

Die herrschende Politik

Erwartungsgemäß griff er die herrschende Politik scharf an. Er hätte es nie für möglich gehalten, wie weit die Politik bei der Zerstörung der Rentenformel und des Normalarbeitsverhältnisses gehen würde. Mehr als jeder vierte arbeite heute im Niedriglohnsektor. Dies sei ein „deutscher Sonderweg“. Hier sei der Niedriglohnsektor größer als sonstwo in Europa und sogar größer als der der USA. Die Ursache hierfür sei Hartz IV. Die Angst davor sei eine Rutschbahn in den Billiglohn. Soweit etwa in der FAZ im „SPD-Jargon“ gejubelt würde, wie toll die Arbeitsmarktreformen gegriffen haben, sei festzuhalten, dass immer mehr befristete und niedrigst bezahlte Stellen, statt neuer Arbeitsplätze entstünden. Heute müsse man jeden Job annehmen und das sei ja auch so gewollt gewesen. Es gäbe für die daran beteiligten Politiker jedoch eine Entschuldigung. So gibt es immer einen Zeitgeist und dieser werde nun mal von den Mächtigen bestimmt.

„Ein zentraler Wert“ – ein zentrales Problem

Problematisch wurde die im Anschluss an diese Kritik gestellte rhetorische Frage, was denn die Linke will, bzw. die Beantwortung dieser Frage. So habe die Linke „einen zentralen Wert: Gleichheit“. Es sei jetzt Zeit für eine „neue Linke, da die Ungleichheit immer größer werde“. Die Linke stehe für Gerechtigkeit und müsse „stärker werden, damit die Ungleichheit beendet wird“. Wer bei dieser Betonung der Gleichheit den Begriff der Freiheit vermisste und angesichts des historisch überkommenen staatssozia-

listischen Verständnisses von Freiheit Unbehagen verspürte, wurde an einer späteren Stelle bestätigt: so frage die Mehrheit nicht nach Freiheit, sondern was am Ende des Monats bleibt und sei daher unfrei.

„Wieder denken lernen“

Nach Ansicht Lafontaines müsse man auch wieder lernen zu denken. Was er damit meinte, machte er am Beispiel der Firma Schaeffler deutlich. Diese ginge als Familienunternehmen, dessen große unternehmerische Leistung hochgejubelt werde, durch die Presse. Man müsse sich aber fragen, ob und wie eine „Dame mit 67 und ihr Sohn“ 12 Milliarden Euro erarbeiten können. Dies sei vielmehr das Geld der Arbeitnehmer. Das Beispiel zeige, dass unsere Wirtschaftsordnung grundgesetzwidrig sei, da Art.14 vor Enteignung schütze und tagtäglich die Arbeitnehmer enteignet werden. So sei zwar anzuerkennen, dass einem Unternehmer, der eine Fabrik baue, die erste Halle gehöre, die zweite werde durch die Produktion erwirtschaftet und gehöre daher mindestens zur Hälfte der Belegschaft. Wenn man der Linken vorwerfe, sie betreibe eine Umverteilung, so sei diese nur die Rückgängigmachung dieser Enteignungen. Was auch immer man von dieser Sorte Mehrwerttheorie halten mag, mutete jedenfalls die anschließende Behauptung, dass deswegen (und nicht etwa, wegen der Ablehnung grundgesetzwidriger Kriege, der Nichtbeteiligung an der de-facto-Abschaffung des Asylrechtes u.dergl.) die Linke, die einzige Partei sei, die auf dem Boden der Verfassung stehe, da die Urheber der Grundgesetzes angeblich genau diese ständige Enteignung der Arbeitnehmer bei Abfassung des Art.14 im Blick gehabt hätten, doch seltsam an. Angesichts der Tatsache, dass die gesamte Staatsrechtswissenschaft davon ausgeht, dass die Grundrechte des Grundgesetzes die des klassischen bürgerlichen Liberalismus sind und das Grundgesetz insoweit eine Weiterentwicklung der Weimarer Verfassung darstellt, eine etwas sehr eigentümliche Auslegung ...

Die „wahre“ Demokratie

Darauf aufbauend stellte er fest, dass solange das Prinzip, dass das doch durch Arbeit geschaffene Vermögen am Schluss jemand anderem gehöre, gesetzlich verankert sei, man nicht von Demokratie sprechen könne. Dieser Begriff werde vollkommen falsch verwendet. Würde man im Bundestag einen Aufsatzwettbewerb zum Thema „Was ist Demokratie machen?“, käme wohl raus, dass man alle 4-5 Jahre sein Kreuzchen machen dürfe. Demokratie sei jedoch, wie es schon die alten Griechen definiert hätten, dass die Interessen der Mehrheit durchgesetzt werden.

Da dies nicht der Fall ist, seien wir keine. Dies zeige sich auch an Umfragen, wonach 60% der Bevölkerung der Ansicht sind, dass es in Deutschland nicht gerecht zugehe, während eine Befragung unter den Repräsentanten der Bevölkerung ein genau umgekehrtes Ergebnis brachte. Man müsse auch fragen, wie die Linke sicherstelle, dass sie nicht eine ähnliche Entwicklung wie „mancher ehemaliger JuSo-Vorsitzender, der einst großer Revolutionär war, jetzt für Gas-, Privat Equity-, oder Leiharbeitsfirmen arbeite“. Zur Beantwortung der Frage griff er auf die Theorie Oswald Spenglers von der „gekauften Partei“ zurück. Das Kapital sei eine „Krake mit goldenen Armen“, die grundsätzlich jeden greifen könne und dies könne man insbesondere im bayerischen Landtagswahlkampf sehen, da die CSU als christlich-sozial ihrem Namen nach doch durch die Fußgängerzonen gehen müsste, um Almosen zu verteilen. Stattdessen stünde sie bei der Spendenliste aller Parteien ganz vorne, und zu den Hauptspendern gehören u.a. die Familien Quandt und Schaeffler (Eigentümer von BMW, bzw. Continental d. Verf.). Die Linke entwickle dagegen drei Ansprüche gegen die Krakenarme: So werden Richtungsentscheidungen nur von der ganzen Partei, etwa durch Mitgliederbefragungen, getroffen, da Vorstände zwar korrumpierbar seien, eine ganze Partei aber nicht. Weiter soll ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der Spenden aus der Wirtschaft generell verbiete. Zudem soll beschlossen werden, dass kein Mandatsträger der Partei auf Gehaltslisten der Wirtschaft stehen darf. Dies sei notwendig um zu verhindern, so zu enden wie die Grünen, die, als Anti-Partei angetreten, nunmehr die klassische Partei der gekauften Republik seien. In diesem Zusammenhang kritisierte er auch die „Mediendemokratie“, die ein Interesse habe, die Linke klein zu halten, da die Medien nun einmal nicht „Hartz IV-Empfängern und Facharbeitern, sondern den Vermögenden“ gehöre. In der Presse stimme teilweise allenfalls das Datum.

Bayerische Verhältnisse

Die CSU war in einer bayerischen Landtagswahlkampfveranstaltung natürlich besonderes Ziel von Angriffen. So seien die „Kreuzzugbubis“ Beckstein und Huber die wahren Verfassungsfeinde, da die bayerische Verfassungen den Mindestlohn und die Erbschaftssteuer als Mittel unkontrollierter Macht über Menschen vorsehe. Ohne weitere Argumentation behauptete er hierbei, dass die „Kann“-Vorschrift des Mindestlohnes als „Muss“-Vorschrift zu lesen sei. Bzgl. der Auseinandersetzung um die Pendlerpauschale warf er der CSU

Heuchelei vor, Huber habe sich „vom Brandstifter zum Feuerwehrmann gemacht“. Die Linke werde hierzu am 25.9 einen Gesetzesentwurf in namentlicher Abstimmung in den Bundestag einbringen, dann könne man sehen, wie ernst es die CSU meint. Im Zusammenhang mit der CSU betonte er auch die klare Antikriegsposition der Linken. Die USA seien „nicht Flaggschiff der Demokratie, sondern eine fundamentalistische Plutokratie“. Es sei klar, dass man eine „Stammesgesellschaft“, wie Afghanistan, nicht befrieden könne, wenn man in einem „Stammeskrieg“ Partei ergreife. Er erinnerte an die Worte von Jean Jaurès, wonach „der Kapitalismus den Krieg in sich trage wie die Wolke den Regen“. Man müsse eindeutig aussprechen, dass das Geschehen in Afghanistan Imperialismus, Kolonialismus und die Eroberung von Rohstoffen mit militärischen Mitteln ist. Beckstein selber habe zugegeben, dass das Engagement in Afghanistan die Terroranschlagsgefahr auch in Bayern erhöhe. Von einem verantwortungsvollen Politiker sei aber zu erwarten, dass er die Risiken für die eigene Bevölkerung senke. Die Linke halte sich an Willy Brandt, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Unter Bezugnahme auf den Philosophen Günter Anders, der die Worte geprägt hatte, wonach die Reichweite unserer Entscheidungen über unser moralisches Vermögen gehe, kritisierte er die Atompolitik des CSU.

Und die Linke?

Man kann nicht behaupten, dass Lafontaine den in der öffentlichen Meinung nicht zu überhörenden Vorwurf, dass die Linke zwar vieles kritisiere, damit womöglich noch recht habe, jedoch eigene Vorstellungen eher mau entwickle, ein für allemal widerlegen konnte. So ging er lediglich auf den Vorwurf der Unfinanzierbarkeit ein und stellte fest, dass wenn Deutschland nur den Durchschnitt der Steuerlast der EU erheben würde, 100 Milliarden Euro mehr zur Verfügung stünden. Damit wäre keine einzige der Sozialleistungskürzungen der vergangenen Jahre notwendig gewesen. Daneben forderte er eine lineare Einkommensbesteuerung, um die kalte Progression zu beenden. Er rief eindringlich zur Mitarbeit in der Linken auf, um die Politik der Enteignung und Entsolidarisierung zu stoppen und „mehr Freiheit“ und „mehr Demokratie“ in Deutschland möglich zu machen.

Die Fragen

Wie so oft bleibt als Fazit einer Veranstaltung, dass Fragen offen bleiben. Neben den bereits angedeuteten Problemen, wäre interessant, was ei-

gentlich die Konsequenz aus der Theorie der Enteignung der Arbeitnehmer ist, ob sich das Problem der öffentlichen Meinung tatsächlich als einfache Manipulationsfrage erweist, ob die Entwicklung der Grünen wirklich mit dem Phänomen der Korrumpierbarkeit zu beschreiben ist, ob sich verfassungsfeindliche Tendenzen des Konservatismus ausgerechnet in der Wirtschaftspolitik nachweisen lassen, oder ob nicht vielmehr bei einer zentralen bayerischen Wahlkampfveranstaltung das eine oder andere Wort zur Migrationspolitik, zum Grundrechtsschutz und zum Verhältnis der CSU nach Rechtsaußen angebracht wäre, in diesem Zusammenhang auch, ob sich momentane Gefährdungen der Demokratie wirklich gegen die Mehrheit richten, oder nicht vielmehr gerade Minderheiten ins Schussfeld geraten, welche Abhängigkeiten eigentlich durch die staatliche Parteienfinanzierung als Gegenmodell zu den realen Problemen der jetzigen Spendenpraxis entstehen und nicht zuletzt wer eigentlich das Subjekt der Veränderung aller genannten, ja nicht immer falschen Kritikpunkte ist.

Dem Leser werden sicherlich mehr Fragen einfallen. Es bleibt festzuhalten, dass Lafontaine einer nicht unbeachtlichen Anzahl Menschen aus der Seele spricht und der schnell auszusprechende Vorwurf des Populismus im konkreten Fall die Vorgeschichte einer üblen Ausgrenzungspolitik hat und es ein erhebliches Verdienst der neuen Partei ist, Bevölkerungsgruppen, die im herrschenden Diskurs marginalisiert und in ihrer realen Existenz einer menschenverachtenden Bedrohung ausgesetzt waren und sind, wieder eine Stimme im politischen Raum zu verschaffen. Dennoch bleibt offen, ob eine Politik, die sich wesentlich als Korrektiv Dritter versteht, in Bayern von einer ausreichenden Zahl von Wählern für notwendig erachtet wird. Und selbst, oder vielleicht auch gerade für den Fall, dass der Einzug in den Landtag klappt, braucht man keine prophetische Gabe, um zu ahnen, dass die Partei sich unter den geschaffenen und genährten Erwartungen schwer tun wird, soweit sie nicht schnell zu einer theoretisch tragfähigen und praktisch weiterführenden Sachpolitik kommt und eigene Entwicklungsideen erarbeitet. Dass diese nach Möglichkeit auch noch anschlussfähig für neue Mehrheiten sein sollten, macht nichts leichter.

Aber wer hätte schon geglaubt, dass in der Saison 1992/93 der FC Starnberg beide Spiele gegen den späteren Aufsteiger TSV 1860 gewinnt? J.K.

*Der Artikel erschien am 18. September 2008 in den Münchner Lokalberichten, er wird hier gekürzt wiedergegeben.

11. Oktober. Berlin. „Freiheit statt Angst“ Demonstration gegen den Überwachungsstaat. Veranstalter: AK Vorratsdatenspeicherung. Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler rufen bundesweit zur Teilnahme an einer Demonstration gegen die ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat auf. Am Samstag, den 11. Oktober 2008 werden besorgte Bürgerinnen und Bürger in Berlin unter dem Motto „Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!“ auf die Straße gehen. Treffpunkt ist der Alexanderplatz um 14 Uhr. Aufruf und weitere Info: www.FreiheitstattAngst.de.

18. Oktober. Essen. Landesparteitag der Linken Nordrhein-Westfalen.

1./2. November. Landesparteitag der Linken Niedersachsen.

4. November. USA. Präsidentschaftswahlen.

14. November. Erfurt. Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Grüne.

15. November. Hamburg. Landesparteitag der Linken Hamburg.

16. November. Fulda. Vorstandssitzung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation.

29. November. Berlin. Konferenz der Linken zur Verabschiedung der Wahlplattform Europäische Linke

20. November Stuttgart. Parteitag der CDU mit Neuwahl des Vorstands



Derzeit debattiert der Bundestag über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Am 20. September demonstrierten in Stuttgart (oben) und Berlin (unten) mehrere tausend für einen sofortigen Abzug der Bundeswehr.

6. Dezember. Leinfelden-Echterdingen. Landesparteitag der Linken Baden-Württemberg

31. Januar. Aufstellung der Landesliste Baden-Württemberg der Linken zur Bundestagswahl.

31. Januar. Aufstellung der Landesliste Niedersachsen der Linken zur Bundestagswahl.

28. Februar. Essen. Bundesparteitag und Vertreter/innen-Versammlung zur Europawahl der Linken

21. März. Berlin. Kongress der Bundestagsfraktion Die Linke zum Sozialstaat.

28. März. Köln. Aufstellung der Landesliste NRW der Linken zur Bundestagswahl.

20. Juni. Berlin. Bundesparteitag der Linken zur Bundestagswahl 2009.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2009	Mai	Bundesversamml.	Bundespräs	23.5.	5 Jahre
	Juni	EU	Euro. Parl.	7.6.	5 Jahre
	Juni	Baden-Württemb.	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	NRW	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Rheinland-Pfalz	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Saarland	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Sachsen	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Sachsen-Anhalt	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	Juni	Thüringen	Kommunal	7.6.	5 Jahre
	August	Saarland	Landtag	30.8.	5 Jahre
	August	Thüringen	Landtag	30.8.	5 Jahre
	August	Sachsen	Landtag	30.8.	5 Jahre
	Sept.	Brandenburg	Landtag	27.9.	5 Jahre
	Sept.	Bundesrepublik	Bundestag	27.9.	4 Jahre
	Frühj	Schlesw.-Holstein	Landtag		5 Jahre
	Frühj	NRW	Landtag		5 Jahre
	Frühj	Baden-Württemb.	Landtag		5 Jahre
2011	Frühj	Rheinland-Pfalz	Landtag		5 Jahre
	Frühj	Sachsen-Anhalt	Landtag		5 Jahre
	Frühj	Hessen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj	Bremen	Landtag/K		4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag/K		5 Jahre
	Herbst	Mecklenb.-Vorp.	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.wahlrecht.de/termine.htm